

963

Ad

UNI-REPORT

25. Mai 1983

JOHANN WOLFGANG GOETHE-UNIVERSITÄT FRANKFURT

Jahrgang 16 · Nr. 6

Hölderlin heute

Aus Anlaß des 140. Todestages von Friedrich Hölderlin veranstalten die Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt und die Stadt Frankfurt am Main, Amt für Wissenschaft und Kunst, am 3. Juni 1983 in der Aula der Universität ein öffentliches Kolloquium unter dem Titel „Hölderlin heute“. Frankfurt war die Wende im Leben des Dichters.

9.00 Uhr Begrüßung durch den Präsidenten der Universität, **Prof. Dr. Hartwig Kelm**

Prof. Dr. Bernhard Böschstein, Genf: Geschehen und Gedächtnis. Hölderlins Hymnen *Wie wenn am Feiertage . . .* und *Andenken*

D. E. Sattler, Bremen: »al rovescio«.

Hölderlin 1806—1843

Prof. Dr. Michael Hamburger, Saxmundham: *Und mich leset o / Ihr Blüthen von Deutschland* Zur Aktualität Hölderlins

15.00 Uhr **Dr. Herfried Münkler**, Frankfurt am Main: Siegfried Schmidts erzwungene Vernünftigkeit. Eine biographische Alternative zum Wahnsinn Hölderlins

Dr. Dietrich Uffhausen, Tübingen: Hölderlins Weg von Frankfurt nach Homburg und zurück nach Tübingen

Diskussion mit den Referenten und **Prof. Dr. Pierre Bertaux**, Paris

Peter Härtling, Walldorf

Prof. Dr. Dr. Helm Stierlin, Heidelberg

Leitung:

Dr. Karl Corino, Frankfurt am Main

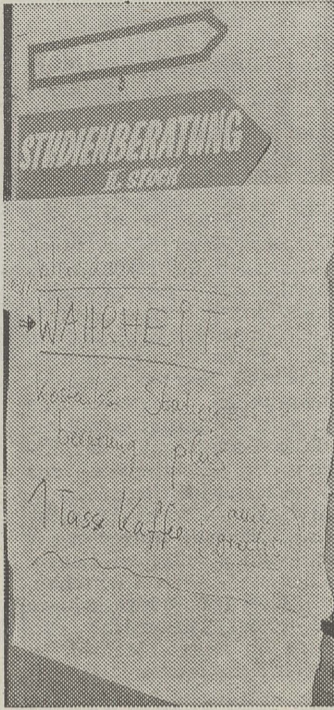
Organisation und Information:

Prof. Dr. H. D. Zimmermann

Institut für deutsche Sprache und Literatur II

Gräfstraße 76, 6000 Frankfurt am Main

Telefon 06 11 / 7 98 21 32



Die „Wahrheit“ über das Studium der Physik versprochen Studierende, die mit ihrer Beratung am „Tag der offenen Tür“ vielen Schülern geholfen haben. Die ebenfalls gratis angebotene Tasse Kaffee wurde nach dem anstrengenden Programm gern getrunken (siehe Seite 2).

Vereinbarung mit dem Arbeitsamt

Koordinierung der Berufs- und Studienberatung

Studienberechtigte und Studierende im Frankfurter Raum können in allen Fragen der Berufswahl, Berufswegplanung und Studiengestaltung auch künftig ohne Überschneidungen und Kompetenzprobleme effektive Hilfe erhalten. Die bisher erprobte Zusammenarbeit zwischen der Berufsberatung für Abiturienten und Hochschüler des Arbeitsamtes Frankfurt und der Zentralen Studienberatung der Universität Frankfurt, die gemeinsam im Sozialzentrum der Hochschule untergebracht sind, wurde jetzt vertraglich gesichert. Der vom Präsidenten des Landesarbeitsamtes Hessen, Kurt Fuhrmann, und vom Präsidenten der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Professor Dr. Hartwig Kelm, unterzeichnete Kooperationsvertrag sichert einerseits die Unabhängigkeit beider Beratungsdienste, gewährleistet aber andererseits die Zusammenarbeit auf allen Gebieten, auf denen abgestimmte oder gemeinsame Aktivitäten erforderlich sind.

Da die Berufsperspektiven für Absolventen vieler Studiengänge ungünstiger geworden sind, kommt nach Ansicht der Vertragspartner einer rechtzeitigen und umfassenden Information und Beratung von Jugendlichen mit Hochschulreife sowie von Studierenden wachsende Bedeutung zu. Bei der Tätigkeit der Berufsberatung und Studienberatung, die beide einem gesetzlichen Auftrag nachkommen, ergeben sich aber oftmals Berührungspunkte und Probleme, die im Interesse der Ratsuchenden schnell und unbürokratisch gelöst werden müssen. So wurde beispielsweise die Zusammenarbeit bei der Konzeption der Studien- und Berufsorientierung im Hochschulbereich (unter anderem Vortragsveranstaltungen, Hochschülerkonditionen) sowie der Austausch von studien- und berufskundlichem Informationsmaterial vereinbart. An einer Präsenzbibliothek, die in erster Linie den Besuchern der Beratungsdienste offen steht, wird die Arbeitsverwaltung berufskundliches Material und die Ergebnisse der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung bereitstellen. Sofern im Einzelfall erforderlich, werden die Dienste auch bei der Individualberatung zusammenwirken und mit Einverständnis des Ratsuchenden Informationen austauschen und das weitere Vorgehen abstimmen. Selbst Beratungen im Team sind möglich.

Arbeitsschwerpunkte der Berufsberatung im Hochschulbereich sind die berufliche Orientierung sowie die individuelle berufliche Beratung von Abiturienten, Studenten in allen Phasen des Studiums, Studienfachwechslern und Studienabbrechern. Ihr obliegt auch die Koordination bei der Vermittlung von Hochschulabgängern in Ausbildungs- und Beschäftigungsverhältnisse.

Die Zentrale Studienberatung nimmt die allgemeine Studienberatung der Hochschule wahr. Sie unterrichtet insbesondere über Studienmöglichkeiten, Inhalte, Aufbau und Anforderungen eines Studiums und bezieht in die Beratung auch studienbezogene persönliche Schwierigkeiten ein.

Ehrensensator August Oswalt †

Dr. Dr. h. c. August Oswalt, Ehrensensator der Johann Wolfgang Goethe-Universität, ist am 10. Mai im 92. Lebensjahr gestorben. Bankier Oswalt hatte sich besonders als Sozialarbeiter hervorgetan. Neben vielen Aufgaben in gemeinnützigen Einrichtungen, die er auch förderte, galt seine Unterstützung der Universität Frankfurt. Für seine Verdienste um die Universität wurde er 1952 zum Ehrenbürger und zwei Jahre später zum Ehrensensator ernannt. 1964 verlieh ihm die Universität den Dr. iur. h. c.

Ehrensensator Dr. Oswalt wurde mit dem Großen Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland und der Ehrenplakette der Stadt Frankfurt am Main ausgezeichnet.

Zur Erinnerung an Dr. Oswalt findet am 31. Mai um 16.30 Uhr in der Aula eine Gedenkfeier statt. Einladungen sind unter Telefon 7 98 - 22 34 erhältlich.

10 Jahre Anästhesie und Herzchirurgie

Am 14. Mai 1983 konnten das Zentrum der Anästhesiologie und Wiederbelebung und die Abteilung für Thorax-, Herz- und Gefäßchirurgie des Zentrums der Chirurgie auf ihr 10jähriges Bestehen zurückblicken. Der Leiter der Abteilung für klinische Anästhesiologie — zugleich Geschäftsführender Direktor des Zentrums der Anästhesiologie und Wiederbelebung —, Professor Dr. med. Rafael Dudziak, wurde ebenso wie der Leiter der Abteilung für Thorax-, Herz- und Gefäßchirurgie, Professor Dr. med. Hans-Peter Satter, zum 1. April 1973 berufen. Der zügige Aufbau beider Einrichtungen und ihr heutiges hohes Leistungsniveau sind das Verdienst der beiden Wissenschaftler, wobei dem Vorstand des Klinikums die Aufgabe zukam, hierfür die personelle wie sächliche Ausstattung bereitzustellen.

Professor Dudziak begann seine Tätigkeit am Klinikum mit nur neun Assistenten. Heute gehören seiner Abteilung insgesamt 43 wissenschaftliche Bedienstete, davon zwei Professoren an. Dieser rasante personelle Ausbau wurde notwendig, damit die Abteilung die vielfältigen Aufgaben, die ihr im Laufe der zurückliegenden zehn Jahre übertragen wurden, erfüllen konnte. Mit der Einrichtung der Professur für klinische Anästhesiologie kam es auch zu einer Zentralisierung der Anästhesie, die heute für alle operativen Fächer ihre „Dienstleistungen“ erbringt. Vor der Gründung dieses Zentrums hatten einzel-

ne operative Bereiche entweder ihren eigenen Anästhesisten oder überließen die Narkose dem Krankenpflegepersonal. Die Etablierung der Anästhesie als zentrale Einrichtung hat sich am Frankfurter Klinikum bewährt. Bei den 150 000 seit 1973 durchgeführten Narkosen kam es zu einem einzigen „Narkosezwischenfall“ (und dies nur deshalb, weil der Patient falsche Angaben zu seinem Gesundheitszustand gegeben hatte). Durch die ständige Verbesserung der Narkosetechnik in den vergangenen Jahren gibt es heute praktisch keine Altersgrenze mehr für Narkosen. Erst vor einigen Tagen wurde am Klinikum ein 93jähriger Patient narkotisiert.

Die Durchführung von Narkosen ist aber nur ein Aufgabenbereich der Anästhesisten. Ihre Bedeutung für die Intensivtherapie ist heute unbestritten. Am Klinikum sind die Anästhesisten in Zusammenarbeit mit dem Zentrum der Chirurgie zuständig für die Versorgung der 22 Betten der Intensivtherapiestation. Dank der Anästhesiologie ist es heute

möglich, daß schwerkranke Patienten auch über Zeiträume von zwei Monaten und länger künstlich beatmet werden und anschließend das Klinikum wieder gesund verlassen können.

Die Durchführung von Narkosen und die Versorgung der Intensivtherapie-Betten gehören zu den im allgemeinen bekannten Aufgaben der Anästhesisten. Eine weitere Aufgabe der Anästhesisten am Frankfurter Klinikum ist die Behandlung von chronischen Schmerzzuständen. Für die Schmerzanalyse und Schmerzbehandlung bedarf es einer besonderen Ausbildung und Erfahrung. Zu den Techniken der Schmerzbekämpfung gehört u. a. auch die Akupunktur.

Die Abteilung für Thorax-, Herz- und Gefäßchirurgie des Klinikums hat sich schon in den zurückliegenden Jahren weit über Frankfurt hinaus einen hohen Bekanntheitsgrad durch die hier durchgeführten Operationen am offenen Herzen mit Hilfe der Herz-Lungen-Maschine erworben. Operationen mit der Herz-Lungen-Maschine werden am Universitätsklinikum Frankfurt bereits seit 1960 durchgeführt. Von 1960 bis 1970 erfolgten insgesamt 63 Operationen dieser Art. Aber erst nach Gründung der Abteilung für Thorax-, Herz- und Gefäßchirurgie und mit Eintritt von Professor Satter konnte diese Operationsmethode fest etabliert und ständig ausgebaut werden. Die erste Operation (Fortsetzung auf Seite 2)

Aus dem Inhalt der Sonderausgabe:

	Seite
Terminplan für die Wahlen	5
Listen und Stellungnahmen zum Konvent	6—10
Listen zu den Fachbereichsräten	11—14
Listen und Stellungnahmen zum Studentenparlament	14—15
Listen zu den Fachschaftsräten	15—17
Zusammensetzung und Aufgaben der Gremien	16
Stellenausschreibungen	18

Die nächste Ausgabe von UNI-REPORT

erscheint am 8. Juni 1983. Redaktionsschluß ist am 30. Mai, 12.00 Uhr. UNI-REPORT steht im Rahmen seiner Möglichkeiten allen Universitätsmitgliedern für Veröffentlichungen zur Verfügung.

Spanien auf spanisch

Es war eine schon lange gehegte Idee des hiesigen Spanisch-Lektors Germán Olarieta, Interessenten des Spanischen seine Landessprache während einer Studienreise intensiver zu vermitteln. Die Immersions-Methode vor Ort — diese Idee hat schon etwas Faszinierendes! Der Haken, natürlich: Die Kosten sind auch bei sparsamer Haushaltung nicht unbedingt für jeden, d.h. für jeden Studenten erschwinglich.

Sprachlaborarbeit, so problemlos und umfassend sie auch bei uns an der Frankfurter Universität angeboten wird, kann immer nur das gute Hilfsmittel, die Vorbereitung, die unterstützende Wiederholung, die akustische und optische (durch schriftliche Visualisierung), Intensivierung bereits vorhandener Kenntnisse sein und zur Verifizierung bisher unklarer Ausdrucksweisen beitragen. Den sogenannten Transfer in die Umgangssprache des Alltags, das soll nicht verschwiegen werden, kann das Sprachlabor nur bedingt erleichtern, da es aus einer Vielzahl von Situationen nur einige sprachlich vorbereiten kann, und das Langzeitgedächtnis nur begrenzt in der Lage ist, diese festzuhalten und sie später in der Landessprache dann jeweils umzusetzen.

Die Sprache im Lande selbst zu lernen, ist sicherlich kein

neuer Gedanke. Ferienkurse, Studienaufenthalte unterschiedlicher Dauer, Lehrtätigkeit Deutsch im Ausland, Praktika in den verschiedensten Gebieten bei Industriefirmen etc. sind lange geübte Praxis. Die oben genannte Studienreise, für einen Außenstehenden hin und wieder vielleicht kaum von einer üblichen Studienreise zu unterscheiden, war insofern von ganz anderer Natur, als in den 13 Tagen so gut wie ausschließlich Spanisch gesprochen wurde. Und dies immer unter den wachsamen Augen, aber auch mit der hilfreichen Hand unseres Spanisch-Lektors, dessen Aktivität wohl ihresgleichen sucht. Führungen durch Museen, die sich stets zum Dialog entwickelten, Fahrten in Bussen spanischer Reiseagenturen mit spanischen Reiset Teilnehmern, mit denen sich häufig genug Unterhaltungen jeder Art ergaben, gemeinsame Mahlzeiten in spanischen Restaurants, die nur selten Züge von Touristenrestaurants trugen und die auch andere spanische Spezialitäten anboten als gerade nur Paella, Besuche spanischer Theater, das Bad in der Menge im „rastro“, eine Potenzierung des Frankfurter Flohmarktes, und in der „corrida“ (Stierkampf), umringt von lauthals kritisierenden Spaniern, und nicht zu vergessen die abendliche „tertulia“ in einer der zahllosen „bars“ (Kneipen)

beim preiswerten Wein, Bier oder bestem Kognak — das alles waren Situationen, die auf Spanisch bewältigt direkt in die Sprache selbst hineinführen.

Die Nacht in Cuenca, 31. März, in der „Semana Santa“ (Karwoche), 23 Uhr, eine normale Zeit für Spanier: Flucht aus dem für uns unbegreifbaren Trubel der Zeit nach der Prozession (einer von vielen), zu der sich Tausende in dieser Kleinstadt versammelt haben — nur 200 Meter von der Kathedrale entfernt schon die Ruhe. Historische Gebäude und ihre Erklärung beim Licht der Straßenlaternen (natürlich in der Sprache von Cervantes), Erinnerungen an die Zeit des Bürgerkrieges, 1936, Zitadelle, Erschießungen, eigene Betroffenheit. Dann der Blick auf die Stadt, nächtlich beleuchtet, faszinierend, Erinnerungen des einheimischen Lektors. Die spanische Mentalität erfasst alle. Eine Besichtigung der Zisterne der Oberstadt — zur fast mitternächtlichen Stunde, 23.30 Uhr — überrascht nicht mehr. Man will immer mehr hören vom spanischen Leben, von der Stadt, ihren Menschen, der Zeit des Bürgerkrieges (1936—1939), „Guernica“ von Picasso im Prado, Madrid, in jüngster Erinnerung.

Zwölf Tage völliges Eintauchen in die spanische Sprache reichen zweifelsohne nicht aus, vorhandene Spanischkenntnisse der Grund- oder Mittelstufe auf ein wesentlich höheres Niveau zu bringen. Was jedoch in beachtlichem Umfang gelingt, ist eine Aktivierung der bis dato erworbenen Sprachkenntnisse. Der Zwang zur Kommunikation bewirkt in großem Umfang ein Freischwimmen im sprachlichen Bereich und führt zur Bewältigung von sprachlichen Situationen, wie sie alltäglich immer wieder auftreten können.

Toledo, Avilar, Segovia, den Escorial, den „Valle de los Caídos“, Madrid, zu allen Tageszeiten die pulsierende Stadt, im Rahmen dieser „Viaje de Estudios“ zu erleben, rundet das ganze Unternehmen in jeder Weise ab. Weitere Studienfahrten dieser Art sind beabsichtigt. Informationen hierzu über das Sprachlabor im Didaktischen Zentrum (Telefon 37 97) oder das Spanischlektorat im Romanischen Seminar der Universität Frankfurt (Telefon 20 06; Privat 06196 / 2 89 48).

Jörg Kujaw

Wochenendseminar für Hochschulsekretärinnen

Der Berufsverband für Hochschulsekretärinnen e. V. veranstaltet am 25. und 26. Juni 1983 in Hannover ein Wochenendseminar.

„Denken, ohne zu fühlen; sprechen, ohne zu handeln? In Fühlung kommen mit sich selbst als Voraussetzung dafür, verantwortlich gegenüber sich und anderen zu handeln“ ist das Thema. Hierüber Wissenswertes zu vermitteln ist das Ziel des Seminars, das die Hochschuldozentin Uta Schatteburg aus Hannover durchführt.

Nähere Informationen durch Frau Anne Kottlow c/o Berufsverband der Hochschulsekretärinnen e. V., Postfach 703, 3000 Hannover 1, Telefon 05 11 / 5 32 31 62.

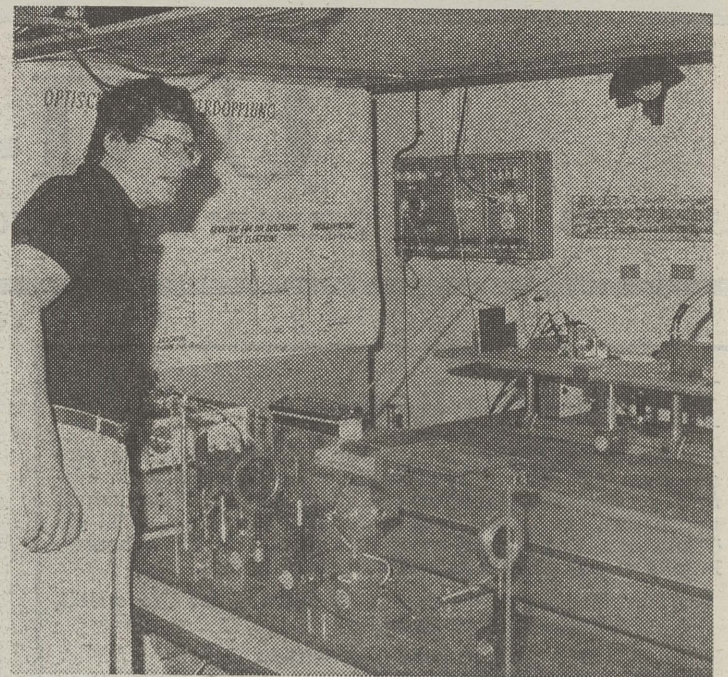
10 Jahre Anästhesie...

(Fortsetzung von Seite 1) mit der Herz-Lungen-Maschine unter der Leitung von Professor Satter wurde am 7. 5. 1973 durchgeführt. In den folgenden zehn Jahren wurde über 4000mal mit der Herz-Lungen-Maschine operiert. Trotz dieser eindrucksvollen Zahlen ist die Warteliste für Herzoperationen auch heute noch das größte Problem der Frankfurter Herzchirurgie. Der allgemeine Versorgungsengpaß in dieser Spezialdisziplin im gesamten Bundesgebiet hatte der Vorstand des Klinikums in den letzten Jahren zum weiteren Ausbau der Herzchirurgie veranlaßt. Mit Unterstützung der Landesregierung konnten trotz der allgemeinen Finanzknappheit zusätzliche Stellen zur Verfügung gestellt werden. Heute gehören zur festen Mannschaft von Professor Satter 15 Ärzte und vier Kardiotechniker. Es ist ebenfalls gelungen, einen zusätzlichen Operationssaal zur Verfügung zu stellen. Auch die Krankenkassen haben zu der Leistungssteigerung der Herzchirurgie beigetragen. Sie vergüten dem Klinikum seit 1981 die Operationen am offenen Herzen gesondert neben dem allgemeinen Pflegesatz mit 9000 Mark pro Operation. Durch diese gesonderte Pauschale wird selbstverständlich der allgemeine Pflegesatz insgesamt um die Kosten der Herzoperationen entlastet.

Obwohl es zu der erwarteten Operationssteigerung gekommen ist — 1982 wurden 733 Operationen, das sind 30 Prozent mehr als im Jahr zuvor, durchgeführt —, hat sich die Warteliste in der Herzchirurgie leider kaum vermindert.

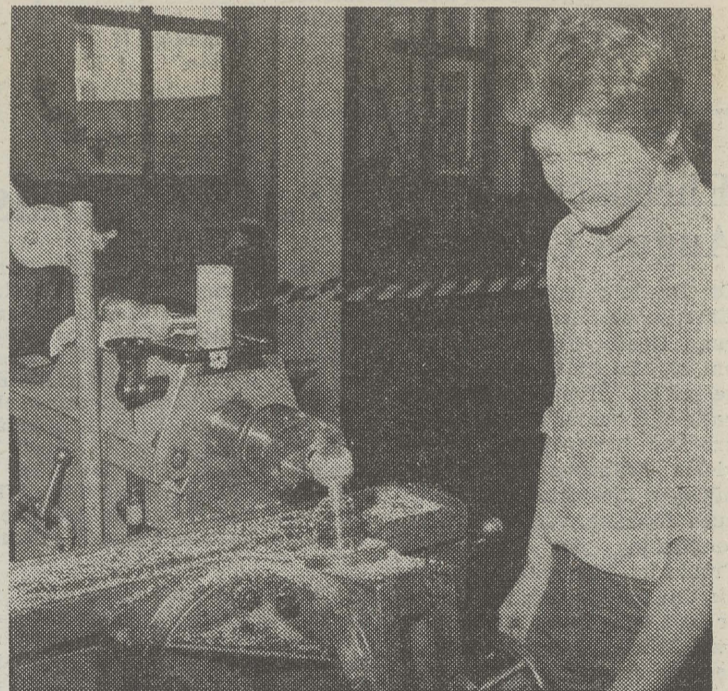
Neben der Herzchirurgie werden von der Abteilung auch regelmäßig und in großem Umfang Operationen im Brustraum und an den Blutgefäßen durchgeführt. Die Gefäßchirurgie umfaßt dabei au-

ßer der Venenchirurgie alle Gebiete von den Beinarterien über die Arterien im Bauchraum, die Brustarterien bis hin zu den zum Schädel führenden Halsschlagadern. Gerade auf diesem Gebiet hat sich die Abteilung in den letzten Jahren zu einer weit über Frankfurt hinaus anerkannten Einrichtung entwickelt. Durch die Einführung eines neuen Röntgenuntersuchungsverfahrens im Zentrum der Radiologie hat ebenfalls die Zahl der wegen einer Erweiterung der Bauchschlagader akut zu operierenden Patienten stark zugenommen. Mit über 4500 Gefäßoperationen in den letzten zehn Jahren liegt die Zahl der Eingriffe sogar noch höher als die der Herzoperationen. Bei den Erkrankungen im Brustraum mit über 1100 Operationen steht die Behandlung von Patienten mit bösartigen Tumoren der Lunge deutlich im Vordergrund. Für die Voruntersuchung steht eine eigene Ambulanz mit Spezialprechstunden für Gefäßpatienten und Patienten mit Erkrankungen des Brustraumes zur Verfügung. Hier werden Patienten aus dem gesamten Rhein-Main-Gebiet regelmäßig untersucht und zur Operation vorbereitet. Ein weiteres Aufgabengebiet liegt in der Einpflanzung und Kontrolle von Herzschrittmachern. Frankfurt ist mit über 7500 Operationen eines der größten Zentren in Europa. Neben der eigentlichen Operation ist auch die postoperative Behandlung Aufgabe des Operateurs. Er wird dabei in hervorragendem Maß durch die Anästhesiologie unterstützt. Dies zeigt sich besonders auf der Intensivstation des Zentrums der Chirurgie, wo erst durch die Mitarbeit des Anästhesisten auch bei schwierigsten Operationen und teilweise sehr alten Patienten der Operationserfolg garantiert wird.



„Tag der offenen Tür“ bei den Physikern

Ein voller Erfolg war wieder der „Tag der offenen Tür“ im Fachbereich Physik. Am 30. April standen Labors und Werkstätten offen, um interessierten Besuchern einen Einblick in die Aufgaben der Wissenschaftler, Studenten und Mitarbeiter zu geben. Durch Vorträge, Demonstrationen und die Möglichkeit, in den Praktika selber zu experimentieren, wurde die Arbeit des Fachbereichs vermittelt. Vor allem Oberstufenschüler waren bei den Veranstaltungen interessierte Zuhörer. Für sie war es oft ein erster Kontakt mit einem zukünftigen Physikstudium. Mehr als 1200 Besucher waren in die Institute im Kernbereich, am Rebstock und in Sachsenhausen gekommen, um sich u. a. optische Experimente mit Laser-Licht (oben), die Herstellung von Spezialgeräten in den Werkstätten (Mitte) oder wissenschaftliche Einrichtungen in der Kernphysik anzusehen.



Zur Lage der Heroinabhängigen

Am 8. und 9. Juni 1983 jeweils von 9 bis 18 Uhr findet im Festsaal des Studentenhauses Jügelstraße 1 (Pupille) eine Tagung zur Lage der Heroinabhängigen in Deutschland und den Niederlanden statt.

Diese Tagung wird veranstaltet von Dozenten der Fachbereiche Gesellschaftswissenschaften und Erziehungswissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität, die seit einigen Semestern mit ihren Studenten Probleme staatlicher Drogenpolitik mit ihren Ursachen und Folgen diskutiert und empirische Arbeiten dazu stimuliert haben.

Dabei waren vor allem zwei Sachverhalte immer deutlicher geworden. Einerseits die Tatsache, daß die Trennung in legale und illegale Drogen historisch variabel und durchaus nicht immer am Kriterium der wissenschaftlich feststellbaren Gefährlichkeit orientiert ist. Zum anderen die Tatsache, daß die Wirkungen bestimmter Drogen in primäre, d. h. physiologisch zu erklärende, und sekundäre, d. h. durch die soziale Reaktion auf den Konsum zu erklärende, zu trennen sind. Beide Sachverhalte können am besten dadurch verdeutlicht werden, daß man verschiedene Drogenpolitiken verschiedener Länder vergleicht. Für einen solchen Vergleich wählt man am besten Länder, die sich in Geschichte und Gegenwart, Wirtschaft, Politik und Kultur nicht so fern und deshalb noch vergleichbar sind, aber dennoch recht verschiedene rechtliche und praktische Antworten auf den Konsum von Drogen gewählt haben, Antworten, die wiederum auf die Lage der Konsumenten, die Formen der Therapie, kurz: auf das „Drogenproblem“ als Ganzes zurückwirken. Es ist deshalb naheliegend, die deutschen Verhältnisse auf dem Hintergrund der niederländischen und umgekehrt zu untersuchen.

Für die Tagung, die sich dieser Thematik widmet, konnten einige anerkannte Experten sowohl aus den Niederlanden als auch aus Deutschland gewonnen werden (z. B. der Leiter des Drogenprogramms der Jellinek-Klinik und ein Vertreter des Deutschen Hilfsvereins aus Amsterdam sowie Vertreter der Frankfurter Polizei, des Elternkreises, der Frankfurter Drogenberatung und andere). Besonders hervorzuheben ist auch die Beteiligung der direkt Betroffenen: an der Tagung werden Vertreter der Junkiebünde (Selbsthilfegruppen von Fixern) aus Rotterdam, Kassel und Frankfurt teilnehmen, so daß zu hoffen ist, daß nicht nur über diese Betroffenen (hinweg), sondern mit ihnen diskutiert wird.

Diese Tagung soll vor allem den Studenten der Universität das Wissen und die Standpunkte der Experten aus der Praxis nahebringen, sie soll aber zugleich auch der interessierten Öffentlichkeit aus dem Frankfurter Raum offenstehen und allen in der Drogenberatung und -therapie Tätigen die Möglichkeit geben, ihre Erfahrungen in die Diskussion einzubringen und in der Diskussion zu überprüfen.

Kontakt: Prof. Dr. Henner Hess, Institut für Sozialpädagogik und Erwachsenenbildung, Feldbergstraße 42, 6000 Frankfurt a. M. 1, Telefon: 798-3537.



Paul Johann Anselm Ritter von Feuerbach, geb. 14. 11. 1775 in Hainichen bei Jena, gest. 29. 5. 1833 in Frankfurt am Main.

Der moderne Staat und sein Strafrecht

Kolloquium zum 150. Todestag P. J. A. Feuerbachs

Vor 150 Jahren starb in Frankfurt einer der wenigen weltberühmten Juristen, Paul Johann Anselm Ritter von Feuerbach. P.J.A. Feuerbach, Vater des Philosophen Ludwig Feuerbach und Großvater des Malers Anselm Feuerbach, begründete die moderne Strafrechtswissenschaft und war Frankfurt sehr verbunden. Die Familie stammte aus der Wetterau, und Feuerbach besuchte bis 1792 das Frankfurter Gymnasium. Immer wieder kehrte er zu kürzeren oder längeren Aufenthalten nach Frankfurt zurück und verbrachte hier die letzten Wochen vor seinem Tod. Er wurde seinem Wunsch entsprechend auf dem 1828 eröffneten neuen Friedhof der Stadt Frankfurt begraben, zu seinem 150. Todestag am 29. Mai restauriert die Stadt sein Grab. Student und Privatdozent war Feuerbach in Jena, Professor in Kiel und Landshut, Ministerialbeamter in München und Richter in Bamberg und Ansbach.

Die Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt widmet dem Wissenschaftler Feuerbach das Kolloquium

„DER MODERNE STAAT UND SEIN STRAFRECHT“ am 30. 5. 1983 um 18 Uhr c. t. im Senatssaal der Universität, Senckenberganlage 31.

Feuerbachs frühe, am Anfang des 19. Jahrhunderts erschienene Arbeiten formulierten für das Strafrecht die sogenannte „Psychologische Zwangstheorie“. Feuerbach meinte, da man den Bürger, der immer zu Straftaten neige, nicht an die Kette legen könne, müsse man es ihm psychologisch unmöglich machen, Straftaten zu begehen. Dies geschehe am zweckmäßigsten und gerechtesten durch die präzise Androhung und beständige Vollstreckung von Strafen. Für jedes Verbrechen müsse die Strafe durch das Gesetz geregelt sein und dürfe nicht im Ermessen des Richters stehen: „Nullum crimen, nulla poena sine lege“ — kein Verbrechen,

keine Strafe ohne Gesetz. Eine wesentliche programmatische Forderung des Liberalismus war damit formuliert, und diese gesetzabhängige Generalprävention durch Strafe bestimmte einen großen Teil der Strafgesetzgebung des 19. Jahrhunderts.

Ein breites Publikum hat Feuerbach durch eine Sammlung tatsächlich geschehener Verbrechen erreicht. Diese „Actenmäßige Darstellung neuer merkwürdiger Criminal-Rechtsfälle“ wurde bis heute immer wieder neu aufgelegt. Sie war ebenso wie Feuerbachs Buch „Kaspar Hauser, Beispiel eines Verbrechens am Seelenleben des Menschen“ ein wichtiger Schritt in der Entwicklung einer wissenschaftlichen Kriminalpsychologie. Kurz vor seinem Tode äußerte Feuerbach den Verdacht, man habe ihn wegen seines Eintretens für Kaspar Hauser vergiftet.

Großes Gewicht in der Entwicklung des Strafrechts hatte Feuerbachs „Lehrbuch des gemeinen in Deutschland gültigen peinlichen Rechts“, das in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in vielen Auflagen herauskam. Die rechtspolitischen Auseinandersetzungen zwischen 1800 und 1830 begleitete Feuerbach mit prinzipiellen Überlegungen. In seinen späten Jahren wandte er sich der Begründung einer „Universalrechtsgeschichte“ zu, dem Versuch, durch großflächige Rechtsvergleichung die bleibenden Prinzipien der Rechtsentwicklung zu entdecken.

Im Kolloquium wird die Spannweite der Wirkung Feuerbachs an der Beteiligung verschiedener Fachrichtungen deutlich. Neben den Professoren der Rechtswissenschaft Denninger, Hassemer, Lüdersen, Naucke und Stolleis nehmen Professor Gall (Geschichte) und Professor Steinert (Soziologie) teil.

Aus: PRESSEDIENST WISSENSCHAFT der Universität Frankfurt

„Für Jugendliche ungeeignet“

Am 10. Mai 1983 veranstaltete aus Anlaß des 50. Jahrestags der Bücherverbrennung das Institut für Jugendbuchforschung in der Cafeteria des Heinrich-Hoffmann-Museums eine dokumentarische Lesung unter dem Titel „Für Jugendliche ungeeignet“. Am 10. Mai 1933 hatten in ganz Deutschland nationalsozialistische Studenten, von vielen Professoren beklatscht und öffentlich gutgeheißen, Werke von unliebsamen Schriftstellern in die Flammen geworfen. Auch Jugendbuchautoren waren unter den Verbrannten.

Die Lesung vergegenwärtigte in ihrem ersten Teil mittels dokumentarischer Texte von Augenzeugen die Verbrennungen und ihre wochenlangen Vorbereitungen. Dem „undeutschen“ Geist war der Kampf angesagt, die Zensur lauthals gefordert worden. Die Verbrennungen sollten nun das lodrende Fanal und Zeichen der nationalsozialistischen Wende sein.

Nach diesem ersten Abschnitt mit dem Titel „Die Verbrennung“ folgte der zweite Teil der Lesung: „Die Verfemten.“ Stellvertretend für viele verbotene, verfolgte und Jugendlichen vorenthaltene Autoren wurden Textstellen aus Werken für Kinder und Jugendliche von Bert Brecht, Hans Fallada, Erich Kästner, Kurt Held, Lisa Tetzner sowie Alex Wedding vorgelesen, biographische Notizen von Walter Benjamin — der Kinderbuchsammler war —, Paula Dehmel, Ludwig Renn, Joachim Ringel-

natz und anderen den zahlreichen Zuhörern, vor allem Studenten, ins Gedächtnis gerufen.

Der Abschluß der Lesung war der Antwort auf die Frage gewidmet: „Und die Zeit danach?“ Denn „Ausmerzungsversuche“ von Literatur finden auch heute noch statt. Davon zeugen nicht nur verkohlte Reste des Tagebuchs von Anne Frank im Briefkasten der Wiesbadener Stadtbibliothek, als diese sich kürzlich an einer Ausstellung zur Bücherverbrennung beteiligte, sondern auch Verdikte über Lesewerke für Schüler, die in den Kultusministerien gefällt werden, da verschiedene Textstellen für die beamteten Gutachter zu kritisch sind.

Daß der 50. Jahrestag der Bücherverbrennung an den hessischen Hochschulen und Universitäten sonst so geringe Resonanz fand, ist bedauerlich, bedenke man doch, daß die Verbrennungen 1933 unter dem öffentlichen Beifall mancher Professoren von den nationalsozialistischen Studenten in SA-Uniform organisiert und durchgeführt wurden.

Bernard Kaufer

PS: Das Institut für Jugendbuchforschung hat eine Broschüre „Für Jugendliche ungeeignet, Verzeichnisse von Autoren, deren Werke in der Hitlerzeit für Kinder und Jugendliche verfemt waren“ erarbeitet. Diese erschien im April 1983 als Mitteilungen des Instituts für Jugendbuchforschung 2/1983.

Johann Wolfgang Goethe-Universität
Universität Lyon — Institut Français

Goethe und das Theater

Kolloquium vom 9. bis 11. Juni 1983

9. Juni, Vortragssaal der Stadt- und Universitätsbibliothek:

9.00 Uhr Begrüßung durch den Präsidenten der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Prof. Dr. Hartwig Kelm

Einführung durch den Vorsitzenden der Gemeinsamen Kommission Theater-, Film- und Fernsehwissenschaft der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Prof. Dr. Leonhard M. Fiedler

Prof. Dr. Anne Übersfeld: Theaterpraxis im „Wilhelm Meister“

Prof. Dr. Dieter Kimpel: Goethes Idee der „theatralischen Sendung“

Prof. Dr. René Girard: Tassos pathologisches Verhalten: Deutung und Bedeutung

Prof. Dr. Erika Fischer-Lichte: „Iphigenie“ als Modell

14.00 Uhr Dr. Freyr R. Varwig: Die Umgestaltung von Goethes „Iphigenie“ aufgrund der Prosodie von Karl Philipp Moritz: ein Workshop mit Studenten (Studiobühne, Senckenberganlage 27, 4. Stock)

15.30 Uhr Dr. Irene Ruttmann: Goethes Modell eines anti-naturalistischen Theaters

Dr. Günther Lohr: Goethes „Regeln für Schauspieler“: Theaterpraxis zwischen höfischem delectare und bürgerlichem prodese

10. Juni, Freies Deutsches Hochstift, Goethehaus, Seekatzsaal:

9.00 Uhr Dr. Andreas Thomasberger: Goethes Übersetzung des aristotelischen Katharsis-Begriffs im Kontext der philosophischen Ästhetik seiner Zeit

Prof. Dr. Hartmut Scheible: Goethe als Zuschauer (Theater und Volksfeste in Venedig und Rom)

Prof. Dr. Joël Lefebvre: Zur Komik in „Faust I“

Dr. Nadia Fuzier-Daoud: „Faust“ und die Oper

14.30 Uhr Prof. Dr. Michel Corvin: Inszenierungsprozeß und Perspektivierung in Benoins, Grübers und Vitez' Regiearbeiten zu „Faust“

Dr. Vincent Jesewski: Grübers „Faust“: eine Anti-Gretchentragödie

11. Juni, Kommunales Kino, Römerberg:

9.30 Uhr Prof. Dr. Leonhard M. Fiedler: „Der junge Goethe und die jungen Dichter“ oder: „Urfaust“ expressionistisch (Die Uraufführung, Frankfurt 1918)

Dr. Jacques Aumont: „Faust“ im Licht des Films (über Murnaus „Faust“)

11.00 Uhr Film: Faust — Eine deutsche Volkssage (F. W. Murnau, 1926)

Zur Diskussion:

Überholen die Feministinnen an unserer Universität den demokratischen Wissenschaftsbetrieb?

Meine kleine Polemik im Uni-Report 15 / 1983 hat eine Resonanz gehabt, welche eine genaue Betrachtung der Argumente herausfordert (vgl. die Leserbriefe von Frau Hornung und dem Frauenforum im Uni-Report 2 / 1983 sowie den Bericht in PRO über die Sitzung des FB-Rates des FB 3 Gesellschaftswissenschaften vom 20. 12. 1982).

Zum Anlaß: Verschiedene Zirkel im Umfeld der Universität befassen sich mit Frauenproblemen; und es entspricht den aktuellen Vorstellungen von Universität, wenn dort und andernorts gefordert wird, daß diese Thematik von der Universität selbst (im Forschungsbetrieb und in ordentlichen Lehrveranstaltungen) aufgenommen wird. Wie Frauen in verschiedenen Gesellschaften behandelt, diskriminiert und unterdrückt werden und wie sie dem Druck begegnen, ist ein legitimer Gegenstand sozialwissenschaftlicher Untersuchung. Es ist zu wünschen, daß der zuständige FB 3 im Verein mit dem Präsidenten die gegebenen Möglichkeiten der Institutionalisierung ernsthaft prüft. Solcher normalen Institutionalisierung zuwider läuft nun eine feministische Kon-

zeption, derzufolge die Frauen als Subjekt und Objekt eines angestrebten Fachbereichsteils besonderer Beschützung anheimfallen sollen. Meine Glosse im Uni-Report 15/1983 sollte darauf aufmerksam machen, daß die vom Frauenplenum vertretene Konzeption den Schutz der universitären Selbstverwaltung nicht in Anspruch nehmen kann.

Die Feministinnen unterstellen, daß „ihre“ Lehrveranstaltungen dafür da sind, daß die Teilnehmer sich in all ihrer persönlichen Verletzlichkeit in die Gruppe einbringen; und sie geben vor, die persönliche Sphäre der Teilnehmer dadurch zu schützen, daß sie unter den Interessenten eine Vorauswahl treffen. Sie bedenken nicht, daß aufgezwungene Nähe und unabweisliche Fürsorge Formen der Unterdrückung sind. Wenn in schwierigen Kinderstuben und in schlecht geführten Selbsterfahrungsgruppen diese Formen weiblicher Gewalt im Zunehmen begriffen sind, muß nicht auch noch die Universität in dieses Fahrwasser gedrängt werden. Ich halte mütterliche Fürsorge als methodisches Prinzip einer Wissenschaft für absurd. Und die Feministinnen sollten diese Bedenken nicht einfach als typische Abwehrhaltung eines bedrohten Mannes abtun, sondern lieber bedenken, wie schwer sich in unserer Kultur gerade die Töchter damit tun, sich aus der Gewalt einer besitzergreifenden Glücke zu befreien.

Alle an der Universität Interessierten sollten helfen, den erreichten Stand der Freiheit des Studiums zu verteidigen. Die Teilnehmer an der wissenschaftlichen Auseinandersetzung (und diesen Status haben die Studenten) dürfen nicht dazu angehalten werden, sich zu erklären, ja nicht einmal dazu, Zustimmung zur vorgebrachten Lehrmeinung zu heucheln. Die Universität muß ihren Studenten garantieren, daß sie sich in den Lehrveranstaltungen distanzieren können. Die Universität ist nicht dazu da, daß homogene Gruppen zusammengeschweißt werden.

Was davon zu halten ist, wenn eine „Wissenschaft“ nur den „Betroffenen“ Erkenntnis verspricht und Parteilichkeit zur Voraussetzung des Erkennens erklärt, ist im Verlaufe der Debatten um die „marxistische Wissenschaft“ an unseren Universitäten in den 70er Jahren hinreichend deutlich geworden. Man sollte wachsam sein, wenn irgendwo die richtige Parteilichkeit mit dem Erklärungsanspruch einer Theorie verschmolzen wird. Man soll damit rechnen, daß der Denkansatz einer Betroffenheit entstammt; die entfaltete Theorie aber muß sich nicht nur der Prüfung auf formale Korrektheit, sondern auch der öffentlichen Kritik auf der Grundlage unverkürzter Rationalität stellen.

In der Studentenrevolte wurde einer unreflektiert väterlichen Universität bewußt, daß man es nicht mit der Autorität der Wissenschaft legitimieren kann, wenn man von den Studenten die Unterwerfung unter Lehrmeinungen fordert. Das Verfahren, in welchem

festgestellt werden kann, daß ein Student nicht an der Sache, sondern vielmehr an der Störung von Bemühungen um Wissenschaft interessiert ist, wurde damals zu Recht an Regeln geknüpft.

Ganz indiskutabel ist das Ansinnen der Feministinnen, daß ganze Gruppen von der wissenschaftlichen Auseinandersetzung ausgeschlossen werden. Wir sollten es geradezu als ein Siegel der wissenschaftlichen Erkenntnis ansehen, daß im gemeinsamen Bemühen darum die Differenzierung nach Rasse, Geschlecht, religiösem Bekenntnis u. a. ihre Bedeutung verlieren.

Frau Hornung schreibt: „Männer sind in diesen Veranstaltungen nicht aufgrund ihrer Geschlechtszugehörigkeit — wie es der Rassismusbegriff impliziert — unerwünscht, sondern wegen ihres sozialen Umgangs damit.“ Im wissenschaftlichen Bereich muß es gestattet sein, die Argumentation auf ihre formale Struktur abzuklopfen. Bezieht sich die feine Unterscheidung darauf, daß das eine leicht festgestellt und das andere fraglos unterstellt werden kann? Oder soll uns weisgemacht werden, daß lediglich ein Zug der Gesellschaft kritisiert wird, wenn einzelne haftbar gemacht werden? Wir erkennen hier ein klassisches Strickmuster des Rassismus, welches zum Beispiel in den USA so vorkommt: Ich bin nicht gegen die Schwarzen, weil sie Schwarze sind, sondern weil sie lügen, stehlen und stinken; oder etwas feiner: weil sie eben leider noch nicht unseren Stand der Kultur erreicht haben.

„Es ist heute an der Zeit, zu zeigen, daß auch der institutionalisierte Geist aus der deutschen Geschichte gelernt hat.“ Und Frau Hornung fährt fort: „... haben begonnen, sich gegen die herrschenden Zustände zu wehren und schließen sich seit Jahren auf allen gesellschaftlichen Ebenen zusammen, um für ihre Forderungen einzutreten. Wir haben erkannt, daß wir unsere Ziele nur als autonome Bewegung erreichen.“ Mit solcher Erkenntnis konfrontiert, sollten wir auf den Denkstil achten.

Mehrere Intellektuelle haben bekannt, daß sie den Ungeist Hitlers zuerst am Sprachstil erkannt haben und nicht an den inhaltlichen Aussagen, die ja weitgehend mit dem herrschenden Geist konform gingen. Hohe Zeiten, wo endlich eine autonome Bewegung gegen unwürdige (wenn auch legal abgesicherte) Zustände entstanden ist, sind schon öfter verkündet worden. Was meint wohl Frau Hornung sollte der institutionalisierte Geist aus der deutschen Geschichte gelernt haben?

Autonom heißt bekanntlich „nach eigenem Gesetz“. Frau Hornung meint, daß nur die feministische Bewegung selbst berechtigt und in der Lage ist, die Bewegung zu erforschen — im Rahmen einer „feministischen Wissenschaft“. Ein Denkverbot von Seiten einer Gruppierung, die einen Platz in der Universität sucht, stellt nun wirklich eine arge Perverbierung des klassischen Autonomieanspruchs der Wissenschaft dar. Nach dem Willen

der Feministinnen soll die Universität Mittel bereitstellen und mit ihrem Prestige Dekkung für neue Verhaltensweisen geben; sie soll aber intern Dispens geben von den Regeln, unter welche ihre eigene (relative) Autonomie gestellt worden ist. Frau Hornung sieht in dem Faktum, daß die faschistische Bewegung die akademischen Umgangsformen außer Kraft gesetzt hat, eine Legitimation dafür, daß nun auch die feministische autonome Bewegung die akademischen Gepflogenheiten als „leere Hülsen“ mißachtet. Ihr kommt nicht in den Sinn, daß Statuten und Gepflogenheiten eingehalten werden müssen, wenn sie den Zweck, Freiräume abzusichern, erfüllen sollen.

„Frauen waren jahrzehntelang von der praktisch-wissenschaftlichen Tätigkeit ausgeschlossen und sind es weitgehend auch heute noch.“ Das Frauenplenum zieht aus statistischen Befunden Rückschlüsse auf die Qualität der universitären Gepflogenheiten. Die Feministinnen am FB 3 wollen zum Beispiel durchsetzen, daß in Zukunft die Art von Begründung, die einem männlichen Bewerber für seine Nichtberücksichtigung gegeben wird, beim Abweisen einer Bewerberin nicht als ausreichend betrachtet wird.

Alles, was eine Frau trifft, wollen sie als eine Diskriminierung brandmarken; vermutlich auch alles, was ein Arbeiterkind trifft, und jede Maßnahme, die einen schlechten Schüler hintanzetzt. Vom statistischen Befund allein kann man nicht ausgehen; man braucht überzeugende Modelle für Zusammenhänge. Für die statistisch festgestellte Benachteiligung der Frauen kann man keinesfalls einen

beliebig herausgegriffenen Umstand verantwortlich machen. Nach meinen Erfahrungen wirken die heutigen akademischen Regeln (dort, wo sie eingehalten werden) kaum diskriminierend gegen Frauen; auch von daher verdienen diese Regeln respektiert zu werden. Freilich schließt der Respekt vor Regeln auch die Bereitschaft ein, sie in ruhigen Zeiten phantasievoll mit Inhalt zu füllen und den sich verändernden Verhältnissen anzupassen. Schritte ins Abseits aber sind Vorstöße wie der chaotisch gemischte Katalog von Forderungen der Feministinnen am FB 3, weil dort teilweise Kompensation für erlittenes Unrecht gefordert wird und nicht wirkliche Gleichbehandlung (siehe PRO). Wenn von Fall zu Fall gewisse Formen der Diskriminierung als legitim erklärt werden, dann kann das den wirklich diskriminierten auf die Dauer nur schaden.

Die Abkapselung der um ihre Rechte kämpfenden Frauen an der Universität ist ein bedauerlicher Irrweg. Die gutbesuchten Veranstaltungen der katholischen Studentengemeinde zu Frauenthemen beweisen, daß in einem Interessentenkreis, der dem an der Universität sehr ähnlich sein dürfte, die teilnehmenden Männer nicht unbedingt durch unpassenden „sozialen Umgang mit ihrer Geschlechtszugehörigkeit“ auffallen. Es ist sicherlich im Dienste der Sache, wenn die KSG aus freier Entscheidung sich hier am (für die universitären Lehrveranstaltungen nicht zur Disposition stehenden) Prinzip der Öffentlichkeit orientiert. Dem Frauenplenum und dem FB 3 wäre eine Entkrampfung der Debatte zu wünschen.

Hermann Dinges

Neue Bücher

Rainer Stübling: „Vive la France!“ Der Sozialdemokrat. Hermann Wendel (1884—1936). Frankfurt am Main. Verlag Peter Lang, 1983.

Unweit der Universität liegt eine Straße, die den Namen „Hermann Wendel“ trägt. Bisher wußte man sehr wenig über diesen Politiker und Journalisten, der von 1908 bis 1933 in Frankfurt / Main wohnte, von 1912 bis 1918 sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter war und 1936 im Pariser Exil starb. Vor einigen Wochen nun hat Dr. Rainer Stübling eine Biografie dieses aus Metz stammenden Politikers veröffentlicht, die auf ungewöhnlich umfangreichen Forschungen beruht.

Es ist nicht leicht anzugeben, welchem Leserkreis das Buch mehr gibt. Der an deutscher Geschichte interessierte Leser wird das Buch mit gleichem Nutzen lesen wie derjenige, der sich für die deutsch-französischen Beziehungen interessiert. Auch der Slawist wird einige sehr interessante Seiten finden, denn Wendel war einer der besten Kenner der südslawischen Geschichte, Politik und Kultur.

Der Verfasser stellt Wendel als einen bedeutenden demokratischen Politiker dar, der das monarchische System in Deutschland entschieden bekämpfte, der sich nach 1918 für eine Festigung der republikanischen Ordnung einsetzte und frühzeitig vor der Hitler-Bewegung warnte.

Das vorliegende Buch trägt ferner zur Erweiterung der Kenntnisse der Frankfurter Geschichte bei. Interessant sind die Ausführungen des Verfassers über die Aktionen der Sozialdemokratie gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht. Beachtung verdienen ferner die Bemerkungen zum „Wissenschaftlichen Institut für Elsaß-Lothringen“.

Aus den Gremien

Sitzung des Ständigen Ausschusses I für Lehr- und Studienangelegenheiten am 14. 4. 1983

Der Ständige Ausschuss I stimmt dem Antrag der Betriebseinheit Evangelische Theologie auf Anerkennung der in der Betriebseinheit eingerichteten „Praxisforschung“ als semesterbegleitendes Schulpraktikum für die Dauer von zwei Jahren zu. Er bittet um einen Bericht nach zwei Jahren.

Der Ständige Ausschuss I stimmt dem Antrag des Fachbereichs Mathematik auf Genehmigung eines semesterbegleitenden Schulpraktikums mit einer Befristung für ein Jahr zu. Der Fachbereich 12 wird aufgefordert, nach einem Jahr dem Ausschuss einen Bericht vorzulegen, einen Praktikumsbeauftragten und einen Kontaktlehrer zu benennen.

Der Ständige Ausschuss I stimmt folgenden Ordnungen der Universität Frankfurt a. M. für die Diplomprüfung zu:

— Geologie-Paläontologie im Fachbereich Geowissenschaften,
— Studiengang Sportwissenschaften im Fachbereich Sportwissenschaften.

Diplom-Sportwissenschaftler zu und beauftragt den Präsidenten, beim Hessischen Kultusminister die Zustimmung zur Einführung des Studiengangs mit dem Abschluß Diplom-Sportwissenschaftler einzuholen.

Nach ausführlicher Diskussion über die Ordnung für die Prüfung zum Nachweis deutscher Sprachkenntnisse (PNDS) für ausländische Studienbewerber an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a. M. kommt der Ständige Ausschuss I zu dem Ergebnis, daß die Ordnung an die Autoren zurückgereicht werden soll mit der Bitte um Überarbeitung.

UNI-REPORT

Zeitung der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a. M. Herausgeber: Der Präsident der Universität Frankfurt am Main.

Redaktion: Reinhard Heisig, Pressestelle der Universität, Senckenberganlage 31, Postfach 11 19 32, 6000 Frankfurt am Main 11, Telefon: (06 11) 7 98 - 25 31 oder 24 72. Telex: 4 13 932 unif d.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, 6000 Frankfurt am Main.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Uni-Report erscheint alle zwei Wochen am Mittwoch mit Ausnahme der Semesterferien. Die Auflage von 15 000 Exemplaren wird an die Mitglieder der Universität Frankfurt am Main verteilt.

Wählen Sie!

- ▶ Konvent
- ▶ Fachbereichsräte
- ▶ Studentenparlament
- ▶ Fachschaftsräte

Die Wahlbriefe müssen spätestens am 9. Juni um 17 Uhr beim Wahlamt der Universität eingegangen sein

- ▶ Sie können die Briefe per Bundespost schicken oder in die speziellen Wahl-Briefkästen bei den Poststellen der Universität im Kernbereich und Klinikum werfen
- ▶ Wer nicht per Brief wählen will, kann seine Stimme am 15. und 16. Juni an der Urne abgeben.
(Die Urnenwahl für das Studentenparlament und die Fachschaftsräte dauert vom 14. bis 16. Juni)

Es kommt auf jede Stimme an!

Liste 3: Sozialistische Konventsinitiative/SKI

- Rupert Ahrens, FB 2
- Ernst Szebedits, FB 4
- Wolfgang Röckel, FB 2
- Harry Bauer, FB 3
- Michael Behrent, FB 7
- Hartwin Möhrle, FB 4
- Hans-Günther Hardt, FB 2
- Tilman Wolff, FB 10
- Norbert Moog, FB 10
- Felicitas Schneek, FB 19
- Klaus Thomas Edelmann, FB 1
- Michael Bötte, FB 4
- Monika Weiland, FB 4

Liste 4: Liberaler Hochschulverband (LHV)/Jungdemokraten

- Ralph Krenko, FB 2 (Johannes Launhardt, FB 1)
- Johannes Launhardt, FB 1 (Ralph Krenko, FB 2)
- Lieselotte Öhm, FB 1 (Fritz Zurek, FB 1)
- Fritz Zurek, FB 1 (Lieselotte Öhm, FB 1)
- Dagmar Gauser, FB 10 (Jutta Rothacker, FB 1)
- Jutta Rothacker, FB 1 (Dagmar Gauser, FB 10)
- Hans-Jörg Vogel, FB 1 (Thomas Schwoerer, FB 2)
- Thomas Schwoerer, FB 2 (Hans-Jörg Vogel, FB 1)
- Burkhard Landers, FB 2 (Eberhard Schott, FB 2)
- Eberhard Schott, FB 2 (Burkhard Landers, FB 2)
- Andrew Steimann, FB 2 (Klaus-Jürgen Herbert, FB 2)
- Bernd Richter, FB 1 (Andrew Steimann, FB 2)
- Klaus-Jürgen Herbert, FB 2 (Bernd Richter, FB 1)

Liste 5: Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS)

- Thomas Pfeiffer, FB 1 (Gerd Krämer, FB 8)
- Ralf Heimbach, FB 2 (Sabine Lotz, FB 10)
- Martin Wissmann, FB 1 (Axel Hornung, FB 2)
- Eva-Maria Neeb, FB 8 (Rolf Gehbauer, FB 8)
- Thekla Lübbers, FB 1 (Annegret Hennicke, FB 1)
- Thomas Weck, FB 2 (Wolfgang Mondorf, FB 19)
- Sabine Lotz, FB 10 (Stephan Roscher, FB 8)
- Wolfgang Mondorf, FB 19 (Klaus Rudersdorf, FB 1)
- Gerd Krämer, FB 8 (Martin Heidemann, FB 3)
- Axel Hornung, FB 2 (Bertram Hessler, FB 1)
- Annette Henning, FB 1 (Michael Kraus, FB 2)
- Carsta Pirlich, FB 1 (Jörg Lamers, FB 1)
- Helma Brunck, FB 8 (Rolf Bovier, FB 1)
- Joachim Bovier, FB 1 (Thekla Lübbers, FB 1)
- Jan König, FB 2 (Martin Wissmann, FB 1)

Liste 6: MSB Spartakus

- Joachim Kaiser, FB 1 (Roland Keil, FB 4)
- Roland Keil, FB 4 (Bertram Giebeler, FB 11)
- Bertram Giebeler, FB 11 (Helmut Kurzer, FB 4)
- Helmut Kurzer, FB 4 (Francisco Mari Lopez, FB 5)
- Francisco Mari Lopez, FB 5 (Michael Walz, FB 10)
- Michael Walz, FB 10 (Ruth Hüpenbecker, FB 3)
- Ruth Hüpenbecker, FB 3 (Ludwig Hechler, FB 14)
- Ludwig Hechler, FB 14 (Martin Müllerleile, FB 19)
- Martin Müllerleile, FB 19 (Gerhard Bäuml, FB 2)

- Gerhard Bäuml, FB 2 (Teresa Jungwirth, FB 3)
- Teresa Jungwirth, FB 3 (Manuela Jatsch, FB 4)
- Manuela Jatsch, FB 4 (Jens Birkmeyer, FB 10)
- Jens Birkmeyer, FB 10 (Heinrich Sterian, FB 1)

Sonstige Mitarbeiter**Liste 1: Fortschrittliche Aktion (FA)**

- Karl Weil, FB 19
- Hans Jürgen Schunk, Verw.
- Christa Hansen, FB 19
- Hans Grasmück, FB 19
- Heinrich Paul Wilhelm, FB 19
- Ingeborg Heine, DZ
- Robert Giesel, FB 19
- Christel Schlicht, Verw.
- Helmut Habermann, FB 19
- Kurt Meinel, FB 13
- Brigitte Buhl, FB 19
- Gabriele Rinschede, FB 21
- Angelika Hecht, FB 19
- Brigitte Kirchheim, FB 16
- Ernst Redemann, FB 19
- Gustav Rüschemann, FB 13
- Georg Hochstaffel, FB 19
- Heinz Latka, FB 13
- Bruno Sebralla, FB 19
- Rainer Staude, FB 13
- Zora Kondic, FB 19
- Karl Schneider, FB 13
- Dragoljub Gencic, FB 19
- Werner Rackwitz, FB 13
- Stefanie Gläser, FB 19
- Erich Zanger, FB 13
- Gerhard Bleuel, FB 19
- Rita Kaufhold, FB 16
- Marija Savic, FB 19
- Annemarie Polotzek, FB 16
- Brigitte Decher, FB 19
- Albert Schneider, FB 16
- Manfred Schmidt, FB 19

- Ingrid Feldmann, FB 10
- Dragica Gucec, FB 19
- Renate Höhne, DZ
- Rosa Camina-Alonso, FB 19
- Inge Reling, DZ
- Ridvan Öztürkoglu, FB 19
- Albert Müller, FB 13
- Alfred Meides, FB 13
- Rudolf Düker, Verw.

Liste 2: Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV)

- Willi Lang, FB 19 (Maria Weger, FB 19)
- Dieter Klein, FB 3 (Heidemarie Wilke, FB 2)
- Marie-Luise Bein, FB 19 (Karlheinz Schanz, FB 19)
- Helga Pesel, FB 4 (Gabriele Ney, FB 10)
- Vera Henrici, FB 19 (Ursula Anger, FB 19)
- Annette Krause, FB 4 (Wolfgang Weißmann, FB 13)
- Wolfgang Klühs, FB 19 (Renate Mebus, FB 19)
- Dagobert Diemann, Verw. (Harald Möller, FB 16)
- Jochem Kabisch, FB 19 (Horst Schielke, FB 19)
- Wolfgang Weißmann, FB 13 (Stefanie Tyszak, FB 10)
- Behrend Dreier, FB 19 (Irmgard Selzer, FB 19)
- Lothar Brand, Verw. (Lothar Dingeldein, DZ)
- Frank Becker, FB 19 (Rudolf Schoen, FB 19)
- Achim Selle, Verw. (Herbert Friedlein, Verw.)
- Astrid Andris, FB 19 (Monika Wesch, FB 19)
- Karin Maus, FB 2 (Gabriele Endisch, FB 3)
- Heidi Weil, FB 19 (Euphrosine Christig, FB 19)
- Agnes Donath, FB 3 (Willi Beck, FB 21)
- Dorothea Kuchenbecker, FB 19 (Johanna Apel, FB 19)
- Artur Schweizer, FB 13 (Norbert Simon, FB 15)
- Margit Aschenbrenner, FB 19 (Heidi Klupp, FB 19)
- Marga Tengler, FB 16 (Manfred Ruppel, FB 16)
- Christa Reinhardt, FB 19 (Ingeborg Seibert, FB 19)
- Heidemarie Wilke, FB 2 (Otto Pfaff, FB 19) (Günter Müller, FB 19)
- Gabriele Ney, FB 19
- Gerhardt Edelmann, FB 19 (Herrmann Riessbeck, FB 19)
- Harald Möller, FB 16
- Heinz Hansen, FB 19 (Angela Spindler, FB 19)
- Stefanie Tyszak, FB 10
- Isabel Lorente, FB 19 (Elisabeth Godeck, FB 19)
- Lothar Dingeldein, DZ
- Sabine Ohndorfer, FB 19 (Sigrid Knipp, FB 19)
- Herbert Friedlein, Verw.
- Werner Schäfer, FB 19 (Jürgen Lagies, FB 19)
- Gabriele Endisch, FB 3
- Ingrid Werner, FB 19 (Ingrid Gnadt, FB 19)
- Willi Beck, FB 21
- Cornelia Wesp, FB 19 (Ilse Szatkowski, FB 19)
- Norbert Simon, FB 15
- Kurt Kutscher, FB 19 (Dieter Nürnberger, FB 19)
- Manfred Ruppel, FB 16
- Johann Krehl, FB 19 (Gudrun Christoph, FB 19)
- Rosemarie Becker, FB 19 (Barbara Wudicke, FB 19)
- Sabine Träger, FB 19 (Eleonore Wilferth, FB 19)
- Rita Bender, FB 19 (Haidemarie Katzer, FB 19)
- Kerstin Allroggen, FB 19 (Ute Seidel, FB 19)
- Manfred Schmidt, FB 19 (Gabriele Hopmeier, FB 19)
- Johannes Rohloff, FB 19
- Rainer Weber, FB 19

Stellungnahmen der Listen für den Konvent

Alle Beiträge sind ungekürzt und unverändert abgedruckt.

Professoren

Demokratische Hochschulreform (DHR)

Erinnerung an eine Reform

Der Name „Demokratische Hochschulreform (DHR)“ muß als Anachronismus erscheinen wie die bildungspolitischen Kämpfe selbst, auf die er sich bezog. Hochschulpolitische Reformvorstellungen — Öffnung der Hochschulen, Praxisbezug der Wissenschaften, Abbau der Ordinariatsuniversität, demokratische Vertretung aller Gruppen in den Selbstverwaltungsgremien — gelten heute eher als lästige Überbleibsel aus der Zeit vor der „Wende“. Die Kapazitätsverordnung, die die Handschrift der Finanzminister trägt, bestimmt längst die technokratische Verwaltung der Hochschule. Hochschuldidaktische Perspektiven eines Projektstudiums interdisziplinärer Studiengänge und einer sozialwissenschaftlichen Orientierung des Grundstudiums blieben auf der Strecke; das Institut der Habilitation entscheidet mittlerweile wieder über die Chancen einer Berufung.

Der „Erfolg“ der Mehrheitsfraktion

Als sich eine Front zwischen Mehrheitsfraktion und Opposition bildete, konnte sich die Mehrheitsfraktion als letztes Aufgebot gegen einen herrschenden politischen Reformtrend verstehen. Das war einmal. Längst ist es dem Zusammenspiel von Mehrheitsfraktionen und Präsidentschaft

gelungen, die Universität in nachhaltiger Weise zu entpolitisieren. Das Universitätsparlament — der Konvent — und seine Ausschüsse sind nicht mehr Orte hochschulpolitischer Kontroversen. Tritt der Konvent nur noch in seinen Restfunktionen zusammen (Präsidentenbericht, Wahl der Ausschüsse), so haben sich die Zentralen Ausschüsse längst vom Konvent abgelöst. Hier werden in Vortreffen der Mehrheitsfraktion die Vorlagen abgesprochen, die in den Beschlüssen der Ausschüsse dann abgesegnet werden. In dem Mehrheitsfraktion und Präsident sich als Kämpfer für die Interessen der Universität gegen die hessische Universitätspolitik profilierten, konnten sie sich als Gesamtvertretung aller Gruppen und Fachbereiche dieser Universität in Szene setzen. Alles läuft auf eine Hochschulpolitik hinaus, die in der „ungestörten“ Forschung und Ausbildung von Naturwissenschaftlern, Ärzten, Juristen ihr Ideal sieht, hingegen die ökonomische und ökologische Krise, die Massenarbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit in vielen Ausbildungsbereichen rigoros ausblendet.

Perspektiven der Opposition

Wenn sich die oppositionelle Liste der Hochschullehrer „DHR“ nochmals zur Wahl stellt, so geschieht dies ohne Illusion, aber im Namen gemeinsamer Interessen, für die wir uns in den Gremien und in der Universitätsöffentlichkeit einsetzen wollen:

— für eine Universitätspolitik, die Bildung und Wissenschaft nicht der Ideologie der Sachzwänge und der „Gesund-

schumpfung“ des Finanzhaushalts unterwirft;

— für eine politische Universität, in der Interessen nicht hinter den Kulissen entschieden, sondern öffentlich ausgetragen werden und in der die Thematisierung der gesellschaftlich-kulturellen Krise als moralische Verpflichtung der Wissenschaft begriffen wird;

— für die Aufrechterhaltung beziehungsweise Fortschreibung der im Hochschulrahmengesetz festgelegten Reformen hinsichtlich der besoldungsrechtlichen / wissenschaftlichen Gleichstellung aller Professoren, hinsichtlich der angemessenen Beteiligung aller Gruppen in den Selbstverwaltungsgremien, hinsichtlich eines freien Zugangs zur Universität ohne besondere Aufnahmeprüfungen;

— für die Autonomie der Fachbereiche in der Forschung und Lehre, in der Stellenbesetzung und in der Mittelverwendung;

— für eine andere Handhabung der Kapazitätsverordnung im Interesse jener Fachbereiche und Studiengänge, die gegenüber den Numerus-Clausus-Fächern die Überlastquoten und die Stelleneinsparungen zugleich aufgebürdet bekommen.

Liberale Hochschulreform (Gruppe 27)

Die Gruppe „Liberale Hochschulreform“ (Gruppe 27) hat seit ihrer Gründung im Jahre 1970 an der Selbstverwaltung unserer Universität engagiert und entscheidend mitgewirkt.

Sie hat vernünftige Reformen verwirklicht und gleichzeitig unverzichtbare Elemente der Universität bewahrt. Ihre Mitglieder haben wesentlich dazu beigetragen, daß die Qualität wissenschaftlicher Forschung und akademischer Lehre an unserer Universität trotz vielfältiger politischer und administrativer Belastungen und Behinderungen erhalten und gefördert worden ist. Diesen Weg zur Erhaltung einer leistungsfähigen Universität, die auch internationalen Maßstäben entspricht, wird die Gruppe 27 in Zukunft konsequent weitergehen.

Die staatliche Hochschulpolitik der 70er Jahre hat die schwierigen Probleme der heutigen „Massenuniversität“ mit verursacht. Mit einer derartigen Hochschulpolitik sind die Probleme der Universität in den 80er Jahren nicht zu lösen. Die Universität braucht mehr Entscheidungsfreiheit und Unabhängigkeit von parteipolitischen Ideologien und Wenden. Die Freiheit zu forschen, zu lehren und zu studieren muß erweitert und darf nicht durch immer neue Reglementierungen staatlicher und oft auch universitärer Bürokratien eingeengt werden.

Wir setzen uns ein

— für die Verteidigung und Erweiterung der Hochschulautonomie, denn nur eine autonome Hochschule kann sich rasch verändernden Anforderungen anpassen;

— für die volle Ausschöpfung der noch gegebenen rechtlichen Handlungsspielräume;

— für die verstärkte Förderung der Forschung gerade in Zeiten knapper werdender Ressourcen;

— für die angemessene Ausstattung mit Sach- und Personalmitteln und deren leistungsorientierte Verteilung auf Fachbereiche und Fächer;

— für die breite und gründliche wissenschaftliche Ausbildung, da eine übertriebene Spezialisierung des Studiums nur scheinbar und höchstens in Ausnahmefällen den Absolventen bessere Berufschancen eröffnet;

— für die Förderung selbständiger Arbeit und Leistung und die Erhaltung notwendiger Freiräume im Studium;

— für die Sanierung der Bauten im Kerngebiet und die Fortführung der Planung und des Ausbaus der Universitäts-erweiterung am Niederurseler Hang;

— für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, um auch in Zukunft die kompetente Vertretung aller Wissenschaftlichen Bereichen sicherzustellen.

Wir wenden uns entschieden

— gegen eine Hochschulpolitik, die parteipolitisch geprägt und nicht ausschließlich an den verfassungsrechtlich gesicherten Aufgaben der Universität orientiert ist;

— gegen die Behinderung von Forschung und Lehre durch administrative Maßnahmen und die rechtliche Verfestigung dieser Behinderung;

— gegen die Kürzung der Mittel für Personal- und Sachausgaben, besonders in Bereichen mit steigenden Studentenzahlen; es ist untragbar, daß der größten Landesuniversität die Mittel für Lehre und For-

(Fortsetzung auf Seite 8)

(Fortsetzung von Seite 7)

sung in den beiden letzten Jahren deutlich gekürzt und Planstellen entzogen worden sind, obwohl die Zahl der Studenten erheblich gestiegen ist;

— gegen nicht anpassungsfähige Studien- und Prüfungsordnungen und perfektionistische Planungen von Studiengängen, die die Freiheit des Lehrens und Lernens einengen und zur Verschulung des Studiums führen;

— gegen den Mißbrauch der Studienreform zur Senkung des Leistungsniveaus;

— gegen wissenschaftsfremde Bürokratisierung und ausufernde Verwaltungsaufgaben, die für Forschung und Lehre immer weniger Zeit lassen;

— gegen die Abschneidung der Geisteswissenschaftler von ihren Quellen durch ständig zurückgehende Bibliotheksmittel. Die Mitglieder der Gruppe 27 bitten um Ihr Vertrauen und um Ihr Mandat für eine aktive, an diesen Zielen ausgerichtete Universitätspolitik.

RATIO 73

BILANZ DER BISHERIGEN ARBEIT DER RATIO

Die RATIO bildet derzeit als stärkste Fraktion mit anderen Gruppen die Mehrheitskoalition im Konvent. Sie stellte sechs Jahre mit Professor Winter den Vizepräsidenten und seit vier Jahren mit Professor Kelm den Präsidenten unserer Universität. Die RATIO hat erfolgreich mitgewirkt, die Gremienarbeit sachbezogen zu gestalten und die Kooperation zwischen Fachbereichen, zentralen Ausschüssen und der zentralen Verwaltung zu verbessern.

In diesem Klima und unter maßgeblicher Beteiligung der RATIO-Vertreter sind zahlreiche Fortschritte erzielt worden:

Die Grundsätze für Studienordnungen wurden durch den Lehr- und Studienausschuß verabschiedet. Der Fachbereich 21 wurde neu geordnet und damit das Problem der Studien- und Prüfungsordnungen für die Sportwissenschaften einer Lösung zugeführt.

Die Auslandsbeziehungen der Universität wurden gefördert. Infolgedessen hat die Zahl und Bedeutung internationaler Symposien, Gastvorträge und Gastaufenthalte ausländischer Kollegen in allen Bereichen zugenommen. Das akademische Leben ist gestärkt und in zeitgemäßer Weise weiterentwickelt worden.

ZIELE DER RATIO

— Raumsituation der Universität: Der weitere Ausbau Niederselters für die Naturwissenschaften, die dringende notwendige Nutzbarmachung des Straßenbahndepot-Geländes und die Sanierung und Arrondierung im Bereich der Medizin sowie die Erhaltung und Weiterentwicklung der Funktionsfähigkeit unserer Universität im Kerngebiet werden von der RATIO gleichermaßen gefördert.

— Forschung und Lehre: Die RATIO wird sich auch in Zukunft für die Öffnung der Universität unter der Voraussetzung einsetzen, daß seitens der Landesregierung die notwendigen Rahmenbedingungen für die Betreuung der steigenden Zahl von Studenten aller Semester erhalten werden. Für die Graduiertenförderung müssen neue Wege gefunden und realisiert werden. Die Betreuung von Examens-, Magister-, Diplom- und Doktorarbeiten muß angemessener als bisher in die Kapazitätsberechnungen einbezogen werden. Die Verstärkung der überregionalen

wissenschaftlichen Beziehungen unserer Universität bedarf der Schaffung von Gemeinschaftsräumen für Fachbereiche und Möglichkeiten zur Unterbringung wissenschaftlicher Gäste (Gästehaus).

Die RATIO wird allen Versuchen entgegenzutreten, Teile des Gesamtspektrums der Lehrerausbildung von der Universität Frankfurt abzuziehen.

Die RATIO setzt sich für eine angemessene Nutzung der Reinvestitionsmittel ein, wobei auch die Bibliotheken zu berücksichtigen sind.

— Personalpolitik: Nach unserer Auffassung sind C2-Professuren nicht mehr für Lebenszeitstellungen als angemessen zu betrachten, sondern neben C1-Professuren zur Nachwuchsförderung zu verwenden. Wir setzen uns daher dafür ein, Lebenszeitprofessoren nicht weiter in C2 zu berufen oder zu belassen.

Die RATIO wird sich um eine angemessene Regelung der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses bemühen.

— Verwaltung: Die RATIO setzt sich ein für eine Entbürokratisierung bei der Durchführung kleinerer Aufgaben unter Eigenbeteiligung und Eigenkompetenz der Institute und Fachbereiche.

NIK

Die Konventswahl 1983 findet in einer prekären politischen Situation statt. Auf der einen Seite ist gerade am Beginn dieses Sommersemesters durch die Kontroverse um die von der hessischen Landesregierung verfügten Haushaltssperren deutlich geworden, welche beträchtlichen Probleme gegenwärtig und künftig auf die Frankfurter Universität zukommen. Auf der anderen Seite ist das politische Interesse unter den Universitätsmitgliedern weiterhin defizitär. Dieser Zustand läßt sich nur teilweise damit rechtfertigen, daß nach den großen Auseinandersetzungen im Zuge der Einführung der hessischen Universitätsgesetzgebung die Alltagsarbeit begonnen hat und daß angesichts zunehmender externer Zwänge die Möglichkeiten für eigenes politisches Handeln geschrumpft sind.

Vielmehr droht dadurch eine doppelte Gefahr. Einmal droht im allgemeinen Bewußtsein der Universität eine chronische Perspektivlosigkeit, die auf Dauer auch auf die Alltagsarbeit zurückwirkt und einer Gesinnung der Resignation oder Kapitulation nach außen Vorschub leistet. Zum andern droht die Programmierung der Universitätspolitik in die nicht immer geeigneten Hände bestimmter Planungsstäbe abzugleiten, die oft nur noch formaler Kontrolle durch die Gremien und die universitäre Öffentlichkeit unterliegen.

NIK wird es sich, aufbauend auf ihre bisherige politische Arbeit, zur Hauptaufgabe machen, gegen diese negativen Erscheinungen anzugehen. Wir fordern dazu auf, wiederum eine Diskussion über die allgemeinen Grundlagen universitärer Politik zu eröffnen. Wir fordern weiter dazu auf, der oft nur angemaßten Kompetenz von Planungsstäben die authentische Kompetenz der in Lehre und Forschung tätigen Universitätsmitglieder entgegenzusetzen.

Unser konkretes Programm für die nächste Konventsperiode ergibt sich aus den konkreten Problemen, die gegenwärtig anstehen.

NIK fordert, daß bei der Berechnung der Zulassungszah-

len künftig alle nur denkbaren Spielräume genutzt werden, um den jeweiligen Ausbildungsbedingungen der Fachbereiche zu entsprechen.

NIK fordert, daß die weitere Planung für eine Reform der Studiengänge zuständigen Fachvertretern übertragen wird und notwendige Entscheidungen durch eine breite Sachdiskussion unter allen Betroffenen vorbereitet werden.

NIK fordert, daß die Didaktischen Seminare und das Didaktische Zentrum auch unter den gegenwärtigen schwierigen Rahmenbedingungen der Lehrerbildung die Möglichkeit behalten, ihre unverzichtbare Arbeit in Forschung und Lehre fortzuführen.

NIK fordert eine Konsolidierung jener Fachbereiche, in denen bestimmte politische Entwicklungen die dort in vielen Bereichen erbrachten wissenschaftlichen Leistungen nach außen zu desavouieren drohen.

NIK fordert, daß von ihr initiierte frühere Beschlüsse des Organisationsausschusses der Universität zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses tatsächlich befolgt werden.

Die Abgeordneten der NIK-Professorenliste werden auch dieses Mal mit den Abgeordneten der NIK-Liste in der Wählergruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiter eine gemeinsame Konventsfraktion bilden. Die Solidarität zwischen den Gruppen hat unsere bisherige Politik getragen und wird auch unsere künftige Politik bestimmen.

Wissenschaftl. Mitarbeiter

DH — Demokratische Hochschule

Die Liste DH stellt sich erneut zur Konventswahl, auch wenn sie erwarten muß, daß die konservative Mehrheitskoalition das Sagen in der Frankfurter Hochschulpolitik behalten wird. Dies obwohl die bisherige Bilanz, vor allem der vier Jahre Präsidentschaft Kelm, ein trauriges Ergebnis aufweist:

— Neue Ehrensensoren bringen keine Verbesserung der Lehr- und Forschungssituation in den Fachbereichen.

— Die rigorose Streichungspolitik der Landesregierung wird von der politischen Mehrheit der Hochschule bürokratisch verwaltet statt bekämpft.

— Die Arbeits- und Vertragsbedingungen für wissenschaftliche Mitarbeiter wurden verschlechtert: der Mehrarbeit durch Stellenstreichungen und steigende Studentenzahlen steht die wachsende Zahl der halben Stellen, das heißt die schlechtere Bezahlung der Arbeit gegenüber.

— Die Ordinariatenuniversität feiert ein Comeback, unterstützt durch die Berufungspolitik der zentralen Gremien bei Zusagen für Ausstattung und Ersatzbeschaffung.

— Die Hochschulspitze konterkariert in stiller Allianz mit der Ministerialbürokratie neue wissenschaftliche Ansätze und Schwerpunkte (Beispiel Frauenprofessur) zumindest dann, wenn sie nicht einseitig dem „technologischen Fortschritt“ dienen.

Die von außen geprägten Arbeitsbedingungen an der Hochschule sind darüber hinaus schlechter denn je: Absol-

venten der Studiengänge, wie qualifizierte Wissenschaftler, sehen sich einer fast hoffnungslosen Lage auf dem Arbeitsmarkt gegenüber.

Was ist in dieser Situation zu tun?

Wir brauchen eine starke Opposition, die die Offenlegung der Entscheidungsprozesse erzwingt und die stillen Absprachen durchkreuzt.

Wir brauchen die übersichtliche Strukturierung der Studienangebote bei Wahrung der Freiheit von Lehre und Studium, wir brauchen Weiterbildung gerade auch für die wissenschaftlichen Mitarbeiter mit Unterstützung der Universität.

Wir brauchen die Anerkennung und Unterstützung der selbständigen Forschung, auch der wissenschaftlichen Mitarbeiter, als Teil der Aufgabe der Universität.

Wir brauchen die Sparsamkeit am richtigen Platz, das heißt nicht da, wo Menschen miteinander lernen und arbeiten, sondern eher da, wo nicht immer das allerneueste Gerät stehen muß. Wir brauchen schließlich die politische Durchsetzung der berechtigten Forderung nach besserer Ausstattung der Universität mit Stellen, mit Räumen und mit Geld.

Die Liste DH wird deshalb daran arbeiten, zusammen mit den Vertretern demokratischer und fortschrittlicher Zielsetzungen der übrigen Gruppen, daß die Bedürfnisse der in der Universität Arbeitenden und Lernenden sich durchsetzen. Wir gehen dabei davon aus, daß aus Solidarität mit den Studienbewerbern und auch den Auszubildenden die Universität ihre Tore nicht zuschlagen darf, sondern qualitativ und quantitativ gute Ausbildung anbieten muß.

Wir fordern deshalb:

— Öffentliche hochschulpolitische Diskussion über die Prioritätensetzung in Lehre und Forschung;

— materielle Anreize für neue und verbesserte Studienangebote und interdisziplinäre Ansätze;

— Förderung auch der selbständigen Forschung der wissenschaftlichen Mitarbeiter durch die Universität;

— Erteilung von Lehraufträgen für alle wissenschaftlichen Mitarbeiter, die in der Lehre tätig sind;

— Förderung der Weiterbildung der wissenschaftlichen Mitarbeiter durch die Universität;

— Ablehnung der zwangsweisen Einrichtung von Teilzeitstellen für wissenschaftliche Mitarbeiter;

— Absicherung der pädagogischen Mitarbeiter auf Stellen der Universität;

— Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten für Frauen in der Wissenschaft;

— Beibehaltung der voll ausgebauten Lehrerausbildung an der Frankfurter Universität;

— Verbesserung der Arbeitsbedingungen der wissenschaftlichen Mitarbeiter insbesondere in der Medizin durch bessere Dienstzeitregelungen und Ermöglichung eigener wissenschaftlicher Arbeit neben dem Stationsdienst;

— Abwehr weiterer Stellenstreichungen und Kürzungen. Unterstützen Sie unsere Forderungen.

Unterstützen Sie die Liste DH.

Je stärker wir sind, desto mehr können wir erreichen!

NIK

Die Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiter in der NIK gehört seit der Universitätsreform zu einem festen Bestandteil der hochschulpolitischen Gruppierungen an unserer Universität. Von zahlreichen Kandidaten in nahezu allen Fachbereichen vertreten, suchte sie seit über einem Jahrzehnt die vielfältigen Belange der wissenschaftlichen Mitarbeiter in allen entsprechenden universitären Gremien zu vertreten und ihnen Geltung zu verschaffen. Es ging dabei vornehmlich im Rahmen der Universitätsgesetzgebung darum, Status und Aufgabenbereich der wissenschaftlichen Mitarbeiter so zu gestalten, daß die sozialen Gegebenheiten am Arbeitsplatz und Möglichkeiten der wissenschaftlichen Qualifikation nicht zu sehr beschnitten wurden. Zweifellos ist davon manches, in realistischer Einschätzung der Gegebenheiten und Widerstände, erreicht worden, anderes erscheint nach wie vor unbefriedigend.

Es bedarf keiner tiefeschürfenden Analyse, um festzustellen, daß gerade die gegenwärtige hochschulpolitische Situation erneut in hohem Maß auf die Belange der wissenschaftlichen Mitarbeiter negativ einwirkt. Die finanziellen Engpässe, denen sich die öffentliche Hand gegenüber sieht, verführt die Ministerialbürokratie dazu, Mitarbeiterstellen in ganz besonderem Maß als Manövriermasse anzusehen, mit der stellungspolitische Kapriolen, im Bereich der Universität zuweilen mitgetragen, leichtfertig betrieben werden.

Allzu gern werden halbe Stellen präsentiert, die nach dem Motto: Der Spatz in der Hand ist besser als die Taube auf dem Dach“ verständlicherweise besser als gar nichts sind, dabei jedoch die faktische Arbeitsbelastung, die sich bei vielen Stellen wissenschaftlicher Natur zwangsläufig ergeben muß, zunächst fast schamhaft verdrängen. So muß es unter den gegenwärtigen Umständen darum gehen, zu einem gerechten Ausgleich von Stellenangebot und -nachfrage zu kommen, der in erster Linie den individuellen Bedürfnissen des jeweiligen wissenschaftlichen Mitarbeiters Rechnung trägt. Starre Regelungen sind abzulehnen, es muß Bezug auf den jeweiligen Fall genommen werden. Die Politik, halbe Stellen als ein Beschäftigungsangebot für wissenschaftliche Mitarbeiter zu verstehen, muß jedoch dort auf Mißtrauen stoßen, wo sie als ein Ersatz für das immer noch fehlende Graduiertenprogramm bedenkenlos eingesetzt wird. Die NIK-Mitarbeiter haben auf diesen Mangel bereits hingewiesen und werden es weiter tun.

Die Einschätzung der hochschulpolitischen Gesamtsituation ist in der NIK von den wissenschaftlichen Mitarbeitern mit der Gruppe der Hochschullehrer innerhalb der NIK intensiv diskutiert worden. Punkte der Kritik, kurzfristige Lösungsvorstellungen und längerfristige Perspektiven finden die Billigung aller. Dazu gehören insbesondere auch folgende Punkte:

Die NIK fordert, daß die Didaktischen Seminare und das Didaktische Zentrum auch unter den gegenwärtigen schwierigen Rahmenbedingungen der Lehrerbildung die Möglichkeit behalten, ihre unverzichtbare Arbeit in Forschung und Lehre fortzuführen. Des Weiteren fordert NIK, daß von ihr initiierte frühere Beschlüsse des Organisationsausschusses der Uni-

(Fortsetzung auf Seite 9)

(Fortsetzung von Seite 8)

versität zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses nun endlich eingelöst werden.

Die Abgeordneten der NIK-Liste der wissenschaftlichen Mitarbeiter werden auch diesmal mit den Abgeordneten der NIK-Liste in der Wählergruppe der Hochschullehrer eine gemeinsame Konventsfraktion bilden. Es kann nur bekräftigt werden, daß die Solidarität zwischen den Gruppen die bisherige Politik getragen hat und auch die zukünftige Politik bestimmen wird.

Studenten

Jungsozialisten-Hochschulgruppe

Die Abschaffung der Ordinariatsuniversität war eine wichtige Forderung der Studentenbewegung. Studenten, Professoren und andere Mitarbeiter sollten die Universität gleichberechtigt leiten. Von dieser Idee ist nur noch die Fassade übriggeblieben: Der Konvent ist das höchste Gremium der Universität, er wählt unter anderem den Präsidenten. Die Studenten haben allerdings kaum noch etwas mitzureden. Die Professoren stellen die Hälfte der Mitglieder, RCDS und Giraffen helfen ansonsten, die restlichen Personen zu überstimmen. Eine unabhängig von den Professoren entstehende Opposition wird immer eine solche bleiben.

Die Jungsozialisten kandidieren zum Konvent, weil wir wenigstens öffentlich machen wollen, was beschlossen wird (Mittelvergabe an die vom Präsidenten bevorzugten Fachbereiche, Absegnen von Prüfungs- und Studienordnungen, Personalien usw.).

Wie bedenkenlos sich dieser Apparat, beziehungsweise Teile davon, für billige Wahlkampfzwecke zugunsten der CDU einspannen läßt, zeigt der jüngst auf Anregung von Präsident Kelm — möglicher Kultusminister unter Wallmann in Hessen! — gefaßte Beschluß des Lehr- und Studienausschusses, die Universität ab dem nächsten Wintersemester „dicht“ zu machen. Wir als Jungsozialisten werden weiterhin der Opposition angehören. Wir werden versuchen, jenem obskuren Mehrheitsbündnis aus konservativen Professorengruppen, dem RCDS und den Giraffen, die keine Politik machen, sondern sich als bessere Verwaltung zu profilieren suchen, wenigstens gelinde Zweifel am technokratischen „Selbst“verwalten zu vermitteln. In der studentischen und sonstigen Öffentlichkeit werden wir es uns jedenfalls nicht nehmen lassen, solche Zweifel weiterhin zu nähren.

UNABHÄNGIGE Fachbereichsgruppen (Giraffen)

Immer wieder zu Wahlzeiten taucht sicher bei manchem von Euch die Frage auf: Wer sind eigentlich die „Giraffen“ an der Uni Frankfurt? Wir Unabhängige sind eine lockere Gemeinschaft von Fachbereichsgruppen und einzelnen Kommilitonen, die auch auf Uni-Ebene, im Studentenparlament sowie im Konvent und den anderen zentralen Gremien der akademischen Selbstverwaltung sich für eine studentische Hochschulpolitik ohne einseitige „linke“ oder „rechte“ Ausrichtung und ohne organisatorische Bindungen an Parteien

oder Verbände (daher „unabhängig“) engagieren.

Die von unseren Kontrahenten mitunter unternommenen Versuche, uns mit parteipolitischen Maßstäben zu messen oder einfach in ideologische Schubladenkästchen zu stecken, müssen somit fehlschlagen, da jeder Unabhängige seinen eigenen, individuellen politischen Standpunkt hat. Das Spektrum umfaßt dabei Auffassungen, die in etwa im Bereich von bürgerlich-liberalen über sozialdemokratische bis hin zu grünen Positionen anzusiedeln sind. Solcherlei Vielfalt mag für Leute, die Politik nur eindimensional begreifen, nur eine „richtige“ Ansicht gelten lassen wollen, vielleicht irritierend wirken. Für uns hat sie den großen Vorteil, daß wir an unser gemeinsames Interesse, eine problem- und sachbezogene studentische Uni-Politik ohne ideologische Scheuklappen und parteitaktische Zwänge herangehen können. Denn wir wollen unsere Politik selber machen, nicht von anderen bestimmen lassen.

Ausgehend von unseren eigenen Erfahrungen an der Uni (überfüllte oder langweilige Veranstaltungen, Schein- und Prüfungsstress, persönliche Isolation, fehlende Kommunikation und sinnvolle Studienberatung etc.) wollen wir unseren unmittelbaren Lebensbereich konkret und aktiv mitgestalten, Probleme und Mißstände aufzeigen, konstruktive Lösungsvorschläge und Verbesserungsmöglichkeiten entwickeln und versuchen, sie durch kontinuierliches, beharrliches Engagement zu verwirklichen.

Unsere Konzentration auf universitäre Alltagsfragen und unsere Ablehnung einer studentischen Hochschulpolitik, die ihren Sinn vorrangig in der Auseinandersetzung mit „gegenerischen“ Ideologien und Gruppen erschöpft oder studentische Anliegen bloß aus dem Blickwinkel der Umsetzung bestimmter übergeordneter gesellschaftspolitischer Ziele, egal ob verändernder oder bewahrender Natur, zu sehen vermag, unterscheidet uns Unabhängige grundlegend von allen anderen kandidierenden Listen.

Die meisten Unabhängigen sind so Studenten ohne Ambitionen als Polit-Profis: Von den zur Zeit 19 Kommilitonen der Unabhängigen, die in Fachbereichs- beziehungsweise zentralen Uni-Gremien arbeiten, gehören 14 gar keiner Partei an, während 3 Mitglied in der SPD und zwei in der FDP sind.

Unsere praktische Arbeit im Konvent, Senat und den zentralen Uni-Ausschüssen wird natürlich durch die herrschende Mehrheitssituation begrenzt, die eine nun schon 13 Jahre alte Fraktionierung zwischen einer alle bisherigen Uni-Präsidenten (Kantzenbach, Krupp, Kelm) tragenden „Mehrheitskoalition“ (konservative, liberale und gemäßigt sozialdemokratische Profis und Mitarbeiter plus RCDS) und einer radikallinken Opposition („DO“) gekennzeichnet ist. Eine aus unserer Sicht erstarrte, vielfach den aktuellen Problemen unserer Uni nicht gerecht werdende Konstellation, zumal in beiden „Lagern“ zunehmend die extremen Linken beziehungsweise konservativen Kräfte dominieren.

Wir Unabhängigen lassen uns in diese Fraktionierung nicht einfach unkritisch einspannen und betreiben eine strikt sachfragen- und problembezogene Politik, das heißt wir versuchen einerseits, wenn es uns sinnvoll erscheint, durch Zusammenarbeit in kritischer Di-

stanz mit der Mehrheit deren Politik zu beeinflussen, opponieren aber andererseits, wenn uns dies nicht zufriedenstellend gelungen ist. (Für letzteres seien als Beispiele unserer differenzierten argumentativen Politik, die manche unserer Konkurrenten offenbar einfach nicht wahrnehmen können oder wollen, genannt: Handhabung des Radikalerlasses und die letzte Hochschulgesetzreform.)

Ausführlich Rechenschaft über unsere Arbeit im einzelnen, wofür hier der Raum fehlt, haben wir in unserer Hochschulzeitung „pro“ abgelegt. Außerdem bestehen für Euch jeden Mittwoch von 12 bis 14 Uhr Sprechzeiten unserer Konventsfraktion im Büro der Unabhängigen WiWis (Bockenheimer Landstraße 140, 3. OG, Tel. 7 98 36 04).

Sozialistische Konventsinitiative (SKI)

Mit Interesse hat die Sozialistische Konventsinitiative die mittlerweile schon legendäre Kelm-Krollmann-Kontroverse um die Mittelkürzungen im Hochschulbereich begleitet. Nach den massiven Attacken des Kultusministers gegen unseren Präsidenten Hartwig Kelm versichern wir ihm in dieser Stunde höchster Not unsere Solidarität und rufen ihm zu: „Jetzt standhaft bleiben — keine Wende in der Wende!“

Endlich, nach Jahren kleinräumiger Verwaltungspolitik, hat dieser Präsident von uns gelernt. Viele Elemente unserer Politik, ehemals als Ausdruck einer „abwegigen Minderheit“ apostrophiert, wurden nun zum Kern seiner ganz persönlichen Wende.

Folgen wir Krollmanns Kelm-Charakterisierung, kann unser Mann im 10. Stock „das Gebot der Mäßigung verletzend“ seinen „Mut zur Einzelaktion“ beweisen. Man spürt, wie befreit Kelm „das Vertrauen in die Objektivität seiner Amtsführung untergräbt“, und der Elan dieses Fünfzigjährigen, mit dem er sich „über geltendes Recht hinwegsetzt“ erregt allgemeines Erstaunen. Sehen wir mal von seinem noch zu legalistischem Berufen auf die Verfassung ab, verdient es schon unsere Anerkennung, mit welcher Leichtfüßigkeit sich dieser Präsident auf dem für ihn doch so neuen Parkett unserer Politikformen bewegen kann — harren wir mit Spannung der Veröffentlichung eines Pflasterstrand-Interviews.

Die Ehrlichkeit, mit der Kelm in den hessischen Vorwahlkampf eingestiegen ist, wird von uns als Signal zur Gründung einer gemeinsamen Campus-Wählerinitiative für die Grünen gewertet — die Bereitschaft der SKI zu vorbereitenden Gesprächen sei hier ausdrücklich festgestellt.

Kelms enttäuschte Abkehr von den etablierten Parteien und sein Hinwenden zu unseren Formen der Politik sollte unserem jungen Bündnis Ansporn sein, den Blick nach vorne zu richten, neue Pfade zu suchen und gemeinsam zu begehen.

Liberaler Hochschulverband (LHV)/Jungdemokraten

Bei unserer Kandidatur zum Konvent geben wir uns keinen Illusionen hin: An den Mehrheitsverhältnissen im Konvent wird sich für die Studenten prinzipiell nichts ändern — auch wenn es hier und da per-

sonelle Veränderungen gibt. Dies folgt leider aus der Tatsache, daß in diesem Gremium von 90 Mitgliedern nur 25 studentische Interessenvertreter sind, wobei sich deren Stimmen oft auch noch gegenseitig aufheben, da die obrigkeitshörigen RCDSler und „Giraffen“ oft genug mit der konservativ-technokratischen Professoren-Mehrheit abstimmen.

Trotz alledem werden wir es uns in der demokratischen Opposition nicht nehmen lassen, falsche, gegen studentische Interessen gerichtete Entscheidungen argumentativ zu bekämpfen und somit die zum meist schweigende, manchmal auch schlafende Mehrheit zumindest in Rechtfertigungsdruck zu bringen.

Nachdem schon seit geraumer Zeit der Haushalt der Uni unter dem Zeichen der Rotstiftpolitik von Bund und Land steht, wird es bei den oben genannten Mehrheitsverhältnissen auch weiterhin schwierig bleiben, zumindest punktuell weitere Verschlechterungen zu verhindern, um gar nicht erst von Verbesserungen zu reden.

So einfach wie der für Aufrüstung zuständige Minister („Erschuldigt, ich hab' mich da verrechnet, ich brauch' noch ein paar Milliarden mehr“) haben wir es bei der Durchsetzung eines höheren Bildungsetats nicht. Im Gegenteil, trotz erhöhter Studentenzahl gesteigerten Anforderungen an die Studenten werden im Bildungsbereich die Mittel konsequent gekürzt.

So besehen wird klar, daß auch Konventpolitik sich in einem vorgegebenen Rahmen bewegt, den man bei Sonntagsreden hochtrabend „Autonomie der Hochschule“ nennen kann, der aber in der Praxis eher einem Sandkasten ähnelt, dessen Sandmenge (sprich Finanzmittel) fast beliebig einschränkbar ist.

Damit dieser zugegebene enge Rahmen wenigstens im studentischen Interesse — von einem parteiunabhängigen Hochschulverband, der sich weder Rechtslastigkeit nachsagen lassen muß, siehe „Giraffen“, noch der traditionellen Scheuklappenpolitik à la Jusos anhängt — ausgenutzt wird und wir Informationen über die nächste Katastrophe an euch weitergeben können, bitten wir um Eure Stimmen.

Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS)

Der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) ist ein selbständiger Studentenverband.

Wir gehen von der Verbesserungsfähigkeit dieser Gesellschaft aus und sind nicht der Meinung, daß die zweifelsohne vorhandenen Mißstände „systemimmanent“ sind und deshalb nicht ohne eine Systemüberwindung in dieser Gesellschaft zu beseitigen sind.

Mißstände können durch Reformen und Initiativen in den politischen Entscheidungsgremien, den Parlamenten, beseitigt werden. Deshalb, weil in einer parlamentarischen Demokratie, zu der sich der RCDS bekennt, die Entscheidungen in den Parlamenten fallen, suchen wir zur Durchsetzung unserer Vorstellungen und der studentischen Forderungen bewußt Kontakte zu allen demokratischen Parteien und Organisationen. Wegen der Übereinstimmung in den politischen Grundwerten ist der Hauptansprechpartner unter den Parteien die CDU.

In den universitären Gremien — speziell im Konvent — ist für uns der Dialog mit der Professorenschaft unerlässlich, um die Interessen der Studenten innerhalb und außerhalb der Universität durchsetzen zu können.

In der Politik des demokratischen Dialogs versucht der RCDS, die Öffentlichkeit und die Verantwortlichen in der Politik auf Mißstände aufmerksam zu machen und dadurch die Mißstände zu beheben. Sachliche Gespräche nutzen oft mehr als Streiks und Demonstrationen.

Hier liegt nun aber der große qualitative Unterschied zwischen uns und den anderen Gruppierungen, die für den Konvent kandidieren. Während die Spontis, der MSB Spartakus und die Jusos sich immer mehr aus den Entscheidungsgremien (Konvent und dessen Ausschüsse) zurückziehen, versuchen wir hier eine Politik für den Studenten durchzusetzen.

Die Ursache für den Rückzug der linken Gruppierungen aus dem Konvent und dessen Ausschüssen liegt wohl aber darin, daß sie hier keine destruktive linke Mehrheit besitzen. Daher gehen die Linken lieber den Weg der schlagzeilenmachenden Demonstrationen, anstatt den beschwerlichen und weniger spektakulären Weg des Dialogs zu gehen, wie wir es tun.

Dies zeigt aber doch, wie unfähig diese Gruppierungen sind, im Interesse der Studentenschaft Gespräche mit den Verantwortlichen zu suchen, dabei Mißstände aufzuzeigen und sie auf diesem Wege zu beheben. Wie wenig Interesse seitens der Spontis daran besteht, die Studiensituation durch die Gremienarbeit zu verbessern, beweist ihre Aussage in der StuPa-Sitzung vom 29. 4. 83. Hier äußerten sie: „Wir werden nichts tun, was die Funktionsfähigkeit dieser Universität unterstützen könnte.“ Eine Gruppierung, die dies äußert, kann unserer Meinung nach die Studenten nicht in einem universitären Selbstverwaltungsgremium vertreten.

Wir setzen uns im Konvent dafür ein, daß die drastischen Mittelkürzungen seitens der Landesregierung zurückgenommen werden, um auch im WS 83/84 den Lehrbetrieb aufrecht erhalten zu können, und daß vorhandene Mittel sinnvoll eingesetzt werden.

Daneben führen wir im Konvent und dessen Ausschüssen eine Politik, die es nicht ermöglicht, daß über die Köpfe der Studenten hinweg Prüfungsordnungen, Studienreformen, Studienplanänderungen etc. verabschiedet werden. Zur bevorstehenden Studienreform im Fachbereich Rechtswissenschaften haben wir ein eigenes Ausbildungsmodell erarbeitet, was in die kommende Diskussion eingebracht wird.

Unsere Politik orientiert sich an den Grundwerten Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Wir sind ständig bereit, eigene Positionen zu überdenken, da wir uns nicht im Besitz der „politischen Wahrheit“ glauben.

Dies bedeutet für uns, daß wir bereit sind, andere Meinungen, Handlungsweisen und Lebensformen zu tolerieren, eine Toleranz, die wir bei unseren politischen Gegnern oft vermissen.

Mit uns wird eine Politik der Vernunft zur Verbesserung der Studiensituation möglich sein. Deshalb gibt es für Euch nur eine Alternative: wählt uns, wählt RCDS!

MSB Spartakus

Statt längerer Ausführungen darüber, warum der MSB Spartakus auch bei der Konventswahl allen anderen studentischen Listen vorzuziehen ist, wollen wir hier kurz schildern, worin unserer Meinung nach überhaupt die Möglichkeit einer linken Studentenorganisation in Gremien wie Konvent und Fachbereichsrat bestehen. Diese Möglichkeiten sind aufgrund der häufig unverrückbaren rechten Mehrheitsverhältnisse in diesen Gremien begrenzt, aber immerhin, es gibt einige, und die wollen wir auch konsequent nutzen:

- Informationen aus den Gremien und den Ausschüssen (Haushalts-, Lehr- und Studien-, Berufungsausschuß etc.) an die studentische Öffentlichkeit bringen.
- Als „Sprachrohr“ studentischer Interessen auftreten und damit auch eine rechte Professorenmehrheit zumindest zur Stellungnahme zwingen.
- Wo punktuell gemeinsame Stellungnahmen möglich sind, entsprechende Anträge stellen (zum Beispiel Mittelkürzungsfrage, hessische Bafög-Initiative, evtl. Studiengebühren).
- Bestimmte Anliegen von Fachschaften und Initiativen als Antrag einbringen oder/und ihnen auf der Sitzung das Wort erteilen.
- In einigen Fachbereichsräten und Ausschüssen gibt es zumindest potentiell fortschrittliche Mehrheiten; solche Möglichkeiten müssen genutzt werden, um in studentischem Interesse offizielle Beschlüsse durchzusetzen.

Fazit: Auch in den offiziellen Hochschulgremien gibt es für eine linke Studentenorganisation einige wichtige Aufgaben und Möglichkeiten. Wer als Student darauf besteht, daß die von ihm gewählten studentischen Vertreter in den Gremien diese Aufgaben und Möglichkeiten auch wahrnehmen, der sollte MSB Spartakus wählen.

Sonstige Mitarbeiter

FA Fortschrittliche Aktion

Im laufenden Sommersemester finden wiederum die Wahlen zum Konvent und zu den Fachbereichsräten unserer Universität statt. Die maßgebenden Entscheidungen für die Universität werden im Konvent und in den Ständigen Ausschüssen getroffen, wobei sich die Zusammensetzung der Ständigen Ausschüsse aus der Konventswahl ableitet.

Im Konvent stellt die Gruppe der sonstigen Mitarbeiter 10 von insgesamt 90 Konventsmitgliedern. Es kommt daher auf Ihre Stimme an: Wir rufen die sonstigen Mitarbeiter in erster Linie auf, sich an der Wahl zu beteiligen — wir würden uns freuen, wenn sie sich dann hierbei für die Fortschrittliche Aktion entscheiden würden.

● Wählen Sie Vertreter der Fortschrittlichen Aktion in den Konvent

und sichern Sie damit die Mitarbeit dieser Liste in den zentralen Ausschüssen sowie im Senat der Universität Frankfurt.

Die Tätigkeit unserer Mitarbeiter im Konvent und in diesen Gremien in den vergangenen Jahren hat gezeigt, daß gerade Vertreter der Fort-

schrittlichen Aktion in der Lage sind, konstruktiv und ohne „gewerkschaftliche Scheuklappen“ mitzuarbeiten.

Unser Interesse an dieser Universität beruht auf dem Verständnis ihrer Weiterentwicklung auch unter den derzeit äußerst schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen.

Wir vertreten in den Gremien die Interessen aller sonstigen Mitarbeiter, gleich ob sie einer Gewerkschaft angehören oder nicht. Deswegen gehören unserer Liste sowohl gewerkschaftlich gebundene als auch gewerkschaftlich nicht gebundene Mitarbeiter an.

Wir wollen insbesondere:

- keinen Abbau des Mitspracherechts durch eine Novellierung des Hochschulrahmengesetzes
- die Verbesserung unserer Arbeitnehmersituation (auch in Übereinstimmung mit den Zielen der Gewerkschaften)
- die Verbesserung der Weiterbildungsmöglichkeiten
- die Berücksichtigung unserer Anliegen bei Bauvorhaben und Raumverteilungen
- die Aufhebung der Stellenbewirtschaftung
- eine deutliche Verbesserung der finanziellen Situation der Universität Frankfurt unter Anpassung an das Ausstattungsniveau der übrigen hessischen Universitäten
- Anpassung des Stellenplans auch im Bereich der sonstigen Mitarbeiter an steigende Studentenzahlen
- Abbau der für sonstige Mitarbeiter diskriminierenden Be-

schränkung des Stimmrechts in den Fachbereichsräten.

Die Fortschrittliche Aktion ist eine von Parteien und außer-universitären Organisationen unabhängige Gruppe. Sie setzt sich für eine demokratischen Prinzipien entsprechende Mitbestimmung ein.

Sie fordert eine differenziertere Beurteilung der sonstigen Mitarbeiter je nach beruflicher Vorbildung und beruflicher Qualifizierung am Arbeitsplatz und die damit verbundene entsprechende Einstufung und Höhergruppierung.

Sie befürwortet, daß sonstige Mitarbeiter, die sich für höherwertige Tätigkeiten qualifiziert haben, solche bevorzugt übertragen bekommen.

Sie tritt dafür ein, daß sonstige Mitarbeiter entsprechend ihrer Eignung und zum Zwecke ihrer beruflichen Weiterentwicklung an Lehr- und Unterrichtsveranstaltungen teilnehmen können.

Gewerkschaft ÖTV

Kolleginnen und Kollegen,

im Juni 1983 wird wieder der Konvent der Universität neu gewählt. Mit der Wahl des Konvents wird zugleich über die Zusammensetzung der Ständigen Ausschüsse entschieden, denn die Vertreter der Gruppen in den Ständigen Ausschüssen werden von den Gruppenvertretern im Konvent gewählt.

Die sonstigen Mitarbeiter nehmen im Konvent nur 10 von 90 Plätzen ein und sind in vier der fünf Ständigen Ausschüsse

mit nur jeweils einem Mitarbeiter vertreten; allein der Haushaltsausschuß hat zwei sonstige Mitarbeiter.

Obwohl wir wissen, daß über die Durchsetzung unserer Interessen nicht im Konvent oder seinen Ausschüssen entschieden wird, sondern einzig und allein mit Hilfe der Gewerkschaften und einem starken Personalrat, so ist dennoch die Beteiligung an diesen Gremien notwendig, um

- schon frühzeitig Informationen zu erhalten über Entscheidungen, die sich auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten auswirken;
- die Interessen der Beschäftigten zu vertreten und
- gewerkschaftliche Gesichtspunkte darzustellen.

Die Ständigen Ausschüsse entscheiden — neben zahlreichen anderen Angelegenheiten — unter anderem über

- I Weiterbildung;
- II Fachbereichs- und Betriebs-einheitgliederung; Organisations-, Verwaltungs- und Benutzungsordnungen;
- III Zuweisung von Personalstellen und Sachmitteln; Entwurf des Haushaltsvoranschlags;
- IV Personalwesen in den Bibliotheken;
- V Planung, Beschaffung und Umsetzung von Datenverarbeitungseinrichtungen.

Bei den Konventswahlen im Sommersemester 1981 ist es der ÖTV gelungen, ihren Stimmenanteil gegenüber den Wahlen 1979 zu erhöhen; auf

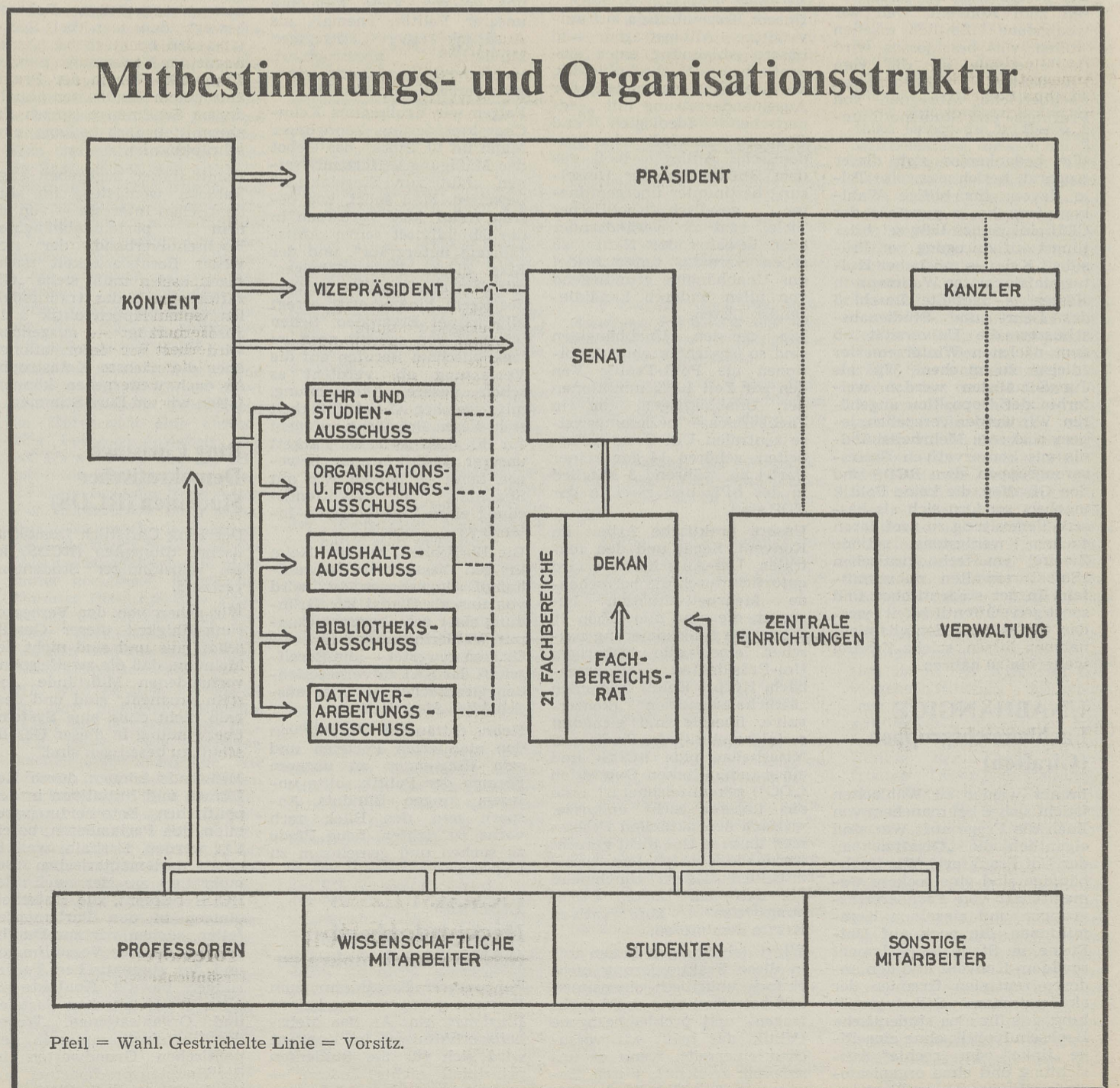
die gemeinsame Liste der ÖTV-Kandidaten des Kernbereichs und des Klinikums entfielen 69,3 Prozent (60,6 Prozent) der Stimmen der sonstigen Mitarbeiter. Die ÖTV besetzte damit 7 der 10 Konventssitze und bekam die Möglichkeit, Vertreter in die ständigen Ausschüsse II (Organisationsfragen), III (Haushaltsangelegenheiten), IV (Bibliothekswesen), V (Datenverarbeitung), Senat, Grundordnungskommission und Konventsvorstand zu entsenden. Auf die Initiative der ÖTV-Vertreter im Konvent ist es zurückzuführen, daß sich der Konvent mit der Haushalts- und Stellensituation 1982 besetzung der Vergütungs- und Lohnstelle nach Kassel“ den einstimmigen Beschluß faßte, diese Maßnahme abzulehnen.

Aufbauend auf diese, wenn auch geringen, Erfolge werden sich die gemeinsamen ÖTV-Vertreter von Kernbereich und Klinikum weiterhin verstärkt bemühen, als unabhängige Sprecher der sonstigen Mitarbeiter deren Belange und Interessen wirkungsvoll zu vertreten und darüber wachen, daß es der Mehrheit nicht möglich ist, arbeitnehmerfeindliche Maßnahmen demokratisch zu legitimieren.

Wenn Sie unabhängige, an Arbeitnehmerinteressen orientierte Vertreter der sonstigen Mitarbeiter in den Universitätsgremien wünschen, dann wählen Sie im Klinikum und im Kernbereich die ÖTV-Kandidaten!

WÄHLEN SIE LISTE 2.

Mitbestimmungs- und Organisationsstruktur



Zusammensetzung und Aufgaben der Gremien

Konvent

Der Konvent besteht aus 90 Mitgliedern, davon sind 35 Professoren, 25 Studenten, 20 Wissenschaftliche Mitarbeiter und 10 Sonstige Mitarbeiter.

Zu den Aufgaben des Konvents gehören:

Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten der Universität

Behandlung von hochschulpolitischen Grundsatzfragen

Entgegennahme und Beratung des Rechenschaftsberichts des Präsidenten

Fachbereichsräte

Die Fachbereichsräte bestehen aus 13 Professoren, 5 Studenten, 4 Wissenschaftlichen Mitarbeitern und 2 Sonstigen Mitarbeitern. In kleinen Fachbereichen mit bis zu 15 Professoren gibt es eine Ausnahme: alle Professoren sind qua Amt im Fachbereichsrat vertreten. Das Sitzverhältnis der Gruppen zueinander beträgt 7 Professoren zu 3 Studenten zu 2 Wissenschaftlichen Mitarbeitern zu 1 Sonstigen Mitarbeiter.

Der Fachbereichsrat ist u. a. zuständig für Habilitations- und Promotionsordnungen, Studien- und Prüfungsordnungen, Aufstellung von Berufungslisten, Verteilung von Sach- und Personalmitteln.

Studentenparlament

Alle Studenten der Universität bilden die Studentenschaft. Sie wählen das Studentenparlament, das sich aus 22 Mitgliedern zusammensetzt. Das Studentenparlament wählt den Allgemeinen Studentenausschuß (AStA), der die Studentenschaft vertritt.

Zu den Aufgaben gehören:

Vertretung der Gesamtheit ihrer Mitglieder

Wahrnehmung der hochschulpolitischen Belange

Wahrnehmung der wirtschaftlichen und sozialen Belange der Studenten

Pflege überregionaler und internationaler Studentenbeziehungen

Förderung der politischen Bildung und des staatsbürgerlichen Verantwortungsbewußtseins der Studenten

Unterstützung kultureller und musischer Interessen der Studierenden

Förderung des freiwilligen Studentensports

Fachschaftsräte

Die Studenten eines Fachbereichs bilden eine Fachschaft. Sie können einen Fachschaftsrat wählen, Fachschaften bis zu 500 Mitgliedern wählen drei, Fachschaften mit 501 bis 1000 Mitgliedern wählen fünf, Fachschaften mit 1001 bis 1500 Mitgliedern wählen sieben und Fachschaften mit mehr als 1500 Mitgliedern neun Fachschaftsvertreter.

Die Fachschaften sollen zur Förderung aller Studienangelegenheiten beitragen.

(Zusammensetzung auf Aufgaben der Universitäts-Gremien sind im Hessischen Hochschulgesetz (HHG) und im Hessischen Universitätsgesetz (HUG) geregelt. Die Texte sind in der Pressestelle, Raum 1052 im Juridicum, erhältlich.)

Am Seminar für Treuhandwesen — Fachbereich Wirtschaftswissenschaften — sollen zum 1. Juli bzw. 1. August 1983 zwei

WISSENSCHAFTL. HILFSKRÄFTE ohne Examen

als Mitarbeiter von Professor Dr. Adolf Moxter eingestellt werden, und zwar zunächst für die Dauer von drei Monaten. Die Beschäftigungszeit beträgt 25 Stunden im Monat.

Im Fachbereich Neuere Philologien (Institut für England- und Amerikastudien) werden im WS 1983/84 — vorbehaltlich der Zuteilung der erforderlichen Mittel — folgende

TUTOREN

eingestellt:

- 1) ein studentischer Tutor mit 2 Wochenstunden für die Veranstaltung: „Einführung in AF 2/3, Teil II“ (Prof. Lobsien)
2) drei akademische Tutoren mit 2 Wochenstunden für die Veranstaltung: „Einführung in das AF 5: Vom Puritanismus zum Lost Dream, Teil I: Umbruchphasen der amerikanischen Sozial- und Ideengeschichte“ (Prof. Lenz)
3) ein akademischer Tutor mit 2 Wochenstunden für die Veranstaltung: „Einführung in AF 4“ (Prof. Kühnel)
4) ein studentischer Tutor mit 4 Wochenstunden für die Veranstaltung: „Einführung in AF 5, Teil III“ (Prof. Kühnel)
5) ein akademischer Tutor mit 2 Wochenstunden für die Veranstaltung: „Einführung in AF 2: African Literature III: South Africa“ (Prof. Riemschneider)
6) ein akademischer Tutor mit 2 Wochenstunden sowie zwei studentische Tutoren mit 4 Wochenstunden für die Veranstaltung: „Einführung in AF 5“ (Prof. Hofmann/Prof. Keller)
7) ein akademischer Tutor mit 2 Wochenstunden für die Veranstaltung „Sozialreform des Lernens in Theorie und Praxis“ (Prof. Gompf)
8) ein studentischer Tutor mit 4 Wochenstunden für die Veranstaltung „Shakespeare, Cymbeline“ (Prof. Lenz/Prof. Reichert)

Bewerbungen sind bis zum 3. Juni 1983 an die Geschäftsführung des Instituts für England- und Amerikastudien, Kettenhofweg 130, 6000 Frankfurt am Main, zu richten.

In den nachstehend genannten Zentren bestehen Einstellungs- möglichkeiten für

ÄRZTE ALS WISSENSCHAFTL. ANGESTELLTE

(Zeitangestellte) zum Zweck der Facharztweiterbildung. Zentrum der Inneren Medizin — Abteilung für Hämatologie — ab 1. 7. 1983.

Zentrum der Frauenheilkunde und Geburtshilfe ab 1. 7. 1983. Zentrum der Kinderheilkunde ab 1. 7. 1983 und 1. 11. 1983. Bewerbungen mit näheren Angaben über das Berufsziel sowie den dafür erforderlichen Zeitraum der befristeten Tätigkeit und den üblichen Unterlagen (Lebenslauf, Examenzeugnis, Approbation, Promotion, Zeugnisse, Arbeitsbescheinigungen über frühere, insbesondere nach der Approbation ausgeübte Tätigkeiten) erbeten bis 31. 5. 1983 an das Klinikum der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, Theodor-Stern-Kai 7, 6000 Frankfurt am Main 70.

Im Fachbereich Chemie — Institut für Physikalische und Theoretische Chemie — ist ab 1. 7. 1983, befristet zunächst für 3 Jahre, eine Stelle für eine(n)

WISSENSCHAFTL. MITARBEITER(IN) (BAT IIa)

zu besetzen. Von dem/der Bewerber/in wird erwartet, daß er/sie den Hochschullehrer in Praktika und Seminaren, vor allem solchen, die der Lehrerausbildung dienen, unterstützt. Der/die Stelleninhaber/in soll in der Lage sein, ein Fourier-IR-Spektrometer zu bedienen und zu warten und Kenntnisse auf dem Gebiet der IR-Spektren kleiner Moleküle besitzen. Im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten wird dem/der wissenschaftlichen Mitarbeiter/in Gelegenheit zu selbstbestimmter Forschung, insbesondere zu Arbeiten an einer Dissertation, gegeben (§ 45 HUG).

Im Zentrum der Biologischen Chemie, Klinikum, ist ab 1. 8. 1983 die Stelle eines

ELEKTROMECHANIKERS

mit Kenntnissen auf dem Gebiet der Elektronik (Überprüfung und Wartung elektronisch gesteuerter Geräte) sowie für die Herstellung und Reparatur einfacher mechanischer und elektrischer Geräte zu besetzen. Dem Facharbeiter sollen auch allgemeine Aufsichts- und Wartungsarbeiten übertragen werden.

Im Institut für Pharmazeutische Chemie ist zum 1. 6. 1983 die Stelle eines/r

WISSENSCHAFTL. MITARBEITERS/IN

(BAT IIa), gemäß § 45 HUG befristet zunächst für 3 Jahre, zu besetzen. Aufgabengebiet: Mithilfe im Praktikum Pharmazeutische Chemie II (Leiter: Prof. Dr. H. Hoffmann) gemäß Approbationsordnung für Apotheker vom 23. 8. 1971.

Bei dem Präsidenten der Johann Wolfgang Goethe-Universität ist in der Haushaltsabteilung ab 1. 8. 1983 die Stelle einer/s

VERWALTUNGSANGESTELLTEN (BAT Vb/Vc)

im Buchhaltungsbereich zu besetzen. Die Eingruppierung erfolgt nach den Tätigkeitsmerkmalen des BAT. Das Arbeitsgebiet umfaßt die Rechnungsbearbeitung und Haushaltsüberwachung bei Forschungsvorhaben aus Mitteln des Bundes, der Länder, der Europäischen Gemeinschaft und der DFG (Sonderforschungsbereiche).

Am Institut für Öffentliches Recht ist ab 1. Juli 1983, befristet zunächst für die Dauer von 3 Jahren, die Stelle eines/r

WISSENSCHAFTL. MITARBEITERS/IN (BAT IIa)

neu zu besetzen. Aufgabengebiet: Dienstleistungen bei der Vorbereitung, Durchführung und Organisation von Forschung und Lehre, Mitarbeit bei der Institutsverwaltung und Betreuung der öffentlich-rechtlichen Spezialbibliothek.

Im Fachbereich 15 — Institut für Lebensmittelchemie — ist zum 1. 8. 1983 die Stelle eines/er

CHEMISCH-TECHN. ASSISTENTEN/IN (BAT Vb)

neu zu besetzen. Aufgabengebiet: Durchführung lebensmittelchemischer Analysen, Mitarbeit bei der Vorbereitung der Praktika und bei Forschungsaufgaben.

Beim Präsidenten — Liegenschafts- und Technische Abteilung — ist zum nächstmöglichen Termin die Stelle eines

ELEKTROINSTALLATEURS

zu besetzen. Die Einstufung erfolgt nach dem Lohngruppenverzeichnis des MTL II.

Im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften ist bei der Professur für Wirtschaftspädagogik, insbesondere Didaktik der Wirtschaftswissenschaften, die Stelle einer

WISSENSCHAFTL. HILFSKRAFT MIT ABSCHLUSS

für die Monate Juli/August 1983 mit 46 Arbeitsstunden pro Monat zu besetzen. Das vorgesehene Aufgabengebiet umfaßt: Bibliotheksarbeiten und unterstützende Tätigkeit in Lehre und Forschung.

Bewerbungen bis 14 Tage nach Erscheinungstermin der Ausschreibung erbeten an: Professur für Wirtschaftspädagogik, insbes. Didaktik der Wirtschaftswissenschaften, Mertonstr. 17, 6000 Frankfurt am Main.

In der Philosophischen Promotionskommission ist, befristet für zunächst 3 Jahre, die Stelle einer(s)

VERWALTUNGSANGESTELLTEN (Vc/Ve)

ab sofort zu besetzen. Zum Aufgabengebiet gehören alle in der allgemeinen und wissenschaftlichen Verwaltung anfallenden Arbeiten, persönliche Beratungen und Auskünfte in studienorganisatorischen Angelegenheiten, dazu die verwaltungstechnischen und organisatorischen Vorbereitungen von Prüfungen und formale Gewährleistung von Prüfungsabläufen, Haushaltsüberwachung sowie die Unterstützung des Vorsitzenden bei der Leitung der Dienststelle.

Die Bewerbungen für die nachstehenden Ausschreibungen des Fachbereichs Erziehungswissenschaften sind unter Angabe des Bereichs, in dem der Bewerber tätig sein möchte, an das Dekanat des Fachbereichs Erziehungswissenschaften, Senckenberganlage 15, 6000 Frankfurt am Main, bis zum 3. Juni 1983 einzureichen.

Voraussetzung für die Bewerbungen: ab 5. Semester oder Diplom/Staatsexamen. Die Einstellung erfolgt unter der Voraussetzung entsprechender Mittelzuweisungen.

Am Institut für Sozialpädagogik und Erwachsenenbildung wird folgendes Tutorium ausgeschrieben:

1 akad. Tutorium (2stündig) für die Veranstaltung „Einführung in Methodenlehre und Epistemologie. Lektüre eines theoretischen Textes: Louis Althusser/Etienne Balibar, Das „Kapital“ lesen“ unter Anleitung von Prof. Dr. Hartwig Zander.

Am Institut für Sozialpädagogik und Erwachsenenbildung werden folgende Arbeitsbereiche ausgeschrieben:

1 wissenschaftl. Hilfskraft m. A. (23 Monatsstunden) „Dokumentation von Statistik/Rechtsgrundlagen der Berufsausbildung“ unter Leitung von Prof. Dr. K. Harney.

1 wissenschaftl. Hilfskraft m. A. (23 Monatsstunden) „Materialsammlung/Literaturauswertung zur Veranstaltung „Einführung in curriculare und methodische Grundlagen der Erwachsenenbildung“ unter Leitung von Prof. Dr. H. K. Harney.

1 wissenschaftl. Hilfskraft m. A. (23 Monatsstunden) „Hilfe bei der Materialbeschaffung sowie vor allem zur Organisation von Exkursionen und zur Koordination der universitären Forschungsarbeit mit den Institutionen der Drogenberatung und -therapie“ unter Leitung von Prof. Dr. Henner Hess.

1 wissenschaftl. Hilfskraft m. A. (23 Monatsstunden) „Unterstützung bei den Abschlusarbeiten des Projekts „Außerfamiliäre Erziehung“ unter Leitung von Prof. Dr. Heide Kallert.

1 wissenschaftl. Hilfskraft m. A. (23 Monatsstunden) „Sammlung von Materialien und Hilfe bei der Erarbeitung des Themenbereichs „Theoriegeschichte der Arbeiterbildung“ unter Leitung von Prof. Dr. H. Zander.

1 wissenschaftl. Hilfskraft m. A. (23 Monatsstunden) „Sammlung von Materialien im Bereich „Rechtsgrundlagen des Sozialhilferechts“ unter Leitung von Prof. Dr. Gisela Zenz.

Im Institut für Pharmazeutische Chemie ist zum 1. 7. 1983 die Stelle eines/r

WISSENSCHAFTL. MITARBEITERS/IN

(BAT IIa), gemäß § 45 HUG befristet zunächst für 3 Jahre, zu besetzen. Aufgabengebiet: Mithilfe im Praktikum Analytische Chemie I (Leiter: Prof. Dr. H.-D. Hölty) gemäß Approbationsordnung für Apotheker vom 23. 8. 1971.

Der Fachbereich Wirtschaftswissenschaften stellt vorbehaltlich ausreichender Haushaltsmittel für das Wintersemester 1983/84 (Einstellungszeitraum 1. 10. 1983 bis 15. 2. 1984)

AKADEMISCHE UND STUDENTISCHE TUTOREN

für die folgenden zur Zwischenprüfung gehörenden Lehrveranstaltungen ein:

- 1. Volkswirtschaftliches Rechnungswesen — Prof. Gäbler: 1 ak Tutor mit 8 Wochenst. 6 st Tutoren mit je 4 Wochenst.
2. Betriebswirtschaftliches Rechnungsw. — Dr. Grimm: 1 ak Tutor mit 8 Wochenst. 6 st Tutoren mit je 4 Wochenst.
3. Orientierungs-Phase — Prof. Kosta: 16 st Tutoren mit je 2 Wochenst.
4. Mathematik — Prof. Rommelfanger: 1 st Tutor mit 2 Wochenst. 9 st Tutoren mit je 4 Wochenst. 3 ak Tutoren mit je 6 Wochenst.

Einstellungsvoraussetzung für studentische Tutoren ist die erfolgreiche Ablegung der Zwischenprüfung im Fachbereich 2. Ein studentischer Tutor wird mit 2 oder 4 Wochenstunden Lehrtätigkeit eingestellt.

Zur Lehrveranstaltung 3 können nur studentische Tutoren eingestellt werden. Einstellungsvoraussetzungen sind außerdem die eigene Teilnahme an der Lehrveranstaltung und an der Tutorenausbildung für 0-Phasen-Tutoren.

Einstellungsvoraussetzung für akademische Tutoren ist ein Diplom in Wirtschaftswissenschaften. Absolventen anderer Fachbereiche können u. U. berücksichtigt werden. Ein akademischer Tutor wird mit 4, 6 oder 8 Wochenstunden Lehrtätigkeit eingestellt.

Der Fachbereich Wirtschaftswissenschaften stellt für das Wintersemester 1983/84 (Einstellungszeitraum 1. Oktober 1983 bis 15. Februar 1984)

AKADEMISCHE UND STUDENTISCHE TUTOREN

für die folgenden zur Zwischenprüfung gehörenden Lehrveranstaltungen ein:

- 1. Mikroökonomie — Prof. Fleischmann/Prof. Gehrig: 1 ak Tutor mit 6 Wochenst. 4 st Tutoren mit 4 Wochenst. 1 st Tutor mit 2 Wochenst.
2. Investition und Finanzierung — Prof. Kolbeck: 1 ak Tutor mit 4 Wochenst. 3 st Tutoren mit 4 Wochenst.
3. Statistik I — Prof. Grohmann: 1 ak Tutor mit 4 Wochenst. 3 st Tutoren mit 4 Wochenst.
4. Makroökonomie — Prof. Czayka/Prof. Eisen: 1 st Tutor mit 2 Wochenst. 9 st Tutoren mit 4 Wochenst. 2 ak Tutoren mit je 6 Wochenst.
5. Produktion und Absatz — Prof. Kaas: 1 ak Tutor mit 8 Wochenst. 6 st Tutoren mit 4 Wochenst.
6. Statistik II — Prof. Hujer: 1 ak Tutor mit 8 Wochenst. 7 st Tutoren mit 4 Wochenst.
7. Unternehmensrechnung — Prof. Ordelheide: 1 ak Tutor mit 8 Wochenst. 6 st Tutoren mit 4 Wochenst.
8. EDV-Programm — Gerriet Müller: 4 st Tutoren mit 2 Wochenst.
9. Einführung in die Wirtschaftspädagogik — Prof. Wurdack: 1 ak Tutor mit 4 Wochenst.

Einstellungsvoraussetzung für studentische Tutoren ist die erfolgreiche Ablegung der Zwischenprüfung im Fachbereich 2. Ein studentischer Tutor wird mit 2 oder 4 Wochenstunden Lehrtätigkeit eingestellt.

Einstellungsvoraussetzung für akademische Tutoren ist ein Diplom in Wirtschaftswissenschaften. Absolventen anderer Fachbereiche können u. U. berücksichtigt werden. Ein akademischer Tutor wird mit 4, 6 oder 8 Wochenstunden Lehrtätigkeit eingestellt.

Schwerbehinderte werden bei gleicher Qualifikation bevorzugt

Im Fachbereich Psychologie (Institut für Psychoanalyse) werden im WS 1983/84 eingestellt:

- 1 stud. Tutor mit 4 Wochenst. für die Veranstaltung „Anwendungen der psychoanalyt. Methode“ (Erstinterview, Fokalthherapie und Beratung) (Prof. Argelander).
1 stud. Tutor mit 4 Wochenst. für die Veranstaltung „Theorie psychischer Störungen III“ (Psychosomatik, Delinquenz und Drogenabhängigkeit) (Prof. Kutter).
1 stud. Tutor mit 4 Wochenst. für die Veranstaltung „Psychoanalytische Entwicklungspsychologie“ (Prof. Werthmann).
1 wissenschaftl. Hilfskraft o. A. mit 46 Monatsstd. für die Veranstaltung „Rorschach-Diagnostik II“ (Prof. Werthmann).
1 wissenschaftl. Hilfskraft o. A. mit 46 Monatsstd. für die Mitarbeit in Lehre und Forschung im Fach Sozialpsychologie (Prof. Schwanberg).

Voraussetzung: Vordiplom in Psychologie. Bewerbungen sind bis zum 6. 6. 1983 zu richten an den Geschäftsführenden Direktor des Instituts für Psychoanalyse, 6000 Frankfurt am Main, Senckenberganlage 15.

Im Fachbereich Biologie — Zoologie — sind ab sofort folgende Stellen zu besetzen:

2 WISSENSCHAFTL. MITARBEITER(INNEN) BAT IIa

befristet für die Dauer von zunächst 3 Jahren. Aufgabengebiet: Dienstleistungen in der Lehre und bei Forschungsaufgaben aus dem Bereich der Neurobiologie (Neurochemie) (Arbeitsgruppe Prof. Zimmermann) sowie Beteiligung an Verwaltungsaufgaben. Einstellungsvoraussetzung ist ein abgeschlossenes Hochschulstudium.

1 AKADEMISCHER RAT (BesG A 13 BBesG).

Aufgabengebiet: Neben der Beteiligung am Unterricht und an Verwaltungsaufgaben insbesondere Forschungsaufgaben aus dem Bereich der Neurobiologie (Neurochemie) (Arbeitsgruppe Prof. Zimmermann). Einstellungsvoraussetzung: Abgeschlossenes Hochschulstudium und Promotion.

In der Max-Born-Bibliothek des Fachbereichs Physik ist ab sofort die Stelle einer

DIPLOM-BIBLIOTHEKARIN

(Vb BAT) halbtags als Vertretung während des Mutter-schutzes — befristet bis zum 25. 11. 1983 — zu besetzen. Die Eingruppierung erfolgt nach den Tätigkeitsmerkmalen des BAT.

Gast aus den USA

Bis Ende Juni weilt Herr Dr. Davidson als Gastprofessor am Fachbereich Erziehungswissenschaften.

Herr Dr. Davidson kommt von der University of Michigan in Ann Arbor, Michigan (USA), wo er als Professor für Erziehungswissenschaften und als Mitglied des Instituts für Social Research arbeitet. In der School of Education der UM bildet er Lehrer aus in Fragen der Unterrichts- und Schulforschung und unterrichtet sie in den Bereichen der Statistik und der Evaluation von Lehrprogrammen. Daneben betreut er ein Graduiertenprogramm und ist im Bereich der Lehrerfortbildung tätig. Auch hier geht es insbesondere um Fragen von Forschungsstrategien für die Evaluation unterrichtlicher Programme. Von den Studien, die er mitgestaltet hat, sind insbesondere jene des Institute for Social Research zu nennen, die wie die „Youth in Transition“ die schulischen und nachschulischen Karrieren von Jugendlichen zum Gegenstand hatten. Ferner ist in diesem Zusammenhang die Studie „Freestyle“ zu nennen. Sie konzentriert sich auf die Wirkungen einer Fernsehserie auf die Vorstellungen, Einstellungen und den

Wissensbestand von 9- bis 12jährigen Kindern zu den Geschlechterrollen in der amerikanischen Gesellschaft. Diese Studien wurden computergestützt durchgeführt, und Dr. Davidson war dabei für die Sammlung und Auswertung der empirischen Daten verantwortlich. Herr Dr. Davidson ist Koautor des Leitfadens „A Guide für Selecting Statistical Techniques für Analyzing Social Science Data“, in dem er den „decision tree approach“ vorstellt.

Gegenwärtig ist Herr Dr. Davidson vor allem im Feld der Evaluation von Unterrichtsprogrammen, der Forschung zu Entscheidungsprozessen im amerikanischen Schul- und Schulverwaltungssystem sowie zur Qualität von Unterricht in „K-12 schools“ tätig. In den letzten beiden Jahren hat er mit Kollegen aus Sheffield und Frankfurt Vorarbeiten für eine „cross-cultural study of educational practice“ geleistet.

Mitglieder der Universität, die an Fachgesprächen mit Herrn Dr. Davidson interessiert sind und an der cross-cultural study of educational practice mitwirken wollen, können ihn über Dr. H.-J. Lißmann, Hausapparat 38 08, Zimmer 324 im Turm, erreichen.

Humboldt-Stipendiaten

Herr Dr. Edouard Conte, zuletzt Universität London, hat von der Alexander-von-Humboldt-Stiftung ein einjähriges Stipendium für einen Forschungsaufenthalt am Frobenius-Institut an der Johann Wolfgang Goethe-Universität erhalten.

Er wird während dieser Zeit über Handwerker-Kasten und ihre Technologien sowie über soziale Strukturen der Kanembu (Tschad) arbeiten. Er beabsichtigt weiter, eine englische Übersetzung und Bearbeitung des Werkes von Julius Wellhausen „Die Ehe bei den Arabern“ anzufertigen.

Der Historiker und Ethnologe Prof. Dr. Jan Vansina hat den Wissenschaftspreis der Alexander-von-Humboldt-Stiftung und eine Einladung zu einem Gastaufenthalt in Deutschland erhalten. Er wird diese Zeit — Januar bis Mai 1984 — im Frobenius-Institut an der Universität Frankfurt verbringen und am wissenschaftlichen Leben der Universität teilnehmen.

Jan Vansina gehört zu den führenden Forschern der afrikanischen Geschichte. Seine Untersuchung über die mündlichen Überlieferungen (oral traditions) als Geschichtsquelle ist bis heute ein Standardwerk geblieben.

„Verantwortung für den Frieden“

Zur Vorbereitung des Kongresses „Verantwortung für den Frieden. Naturwissenschaftler warnen vor neuer Atomrüstung“ hat sich an der Universität Frankfurt eine Gruppe von Studenten und wissenschaftlichen Mitarbeitern zusammengefunden. Die Gruppe will in einer Veranstaltung am 8. Juni um 19 Uhr im Lorentz-Hörsaal einen Einstieg in die Thematik des Kongresses geben. Der Kongreß selbst findet am 2. und 3. Juli in Mainz statt.

Der Uni-Report wurde um Abdruck des folgenden Beitrags gebeten:

Naturwissenschaftler sind bisher kaum mit Stellungnahmen und friedenspolitischen Aktivitäten in Erscheinung getreten, obwohl gerade sie einen direkten Bezug zur Rüstung haben: Alle Waffen — besonders die ABC-Waffen — wären ohne naturwissenschaftliche Grundlagenforschung und Entwicklung gar nicht zu verwirklichen. Der Anteil an Naturwissenschaftlern, die an der Aufrüstung direkt oder indirekt mitwirken, liegt weltweit nach Schätzungen über 50 Prozent.

Versuche, der mit naturwissenschaftlicher Forschung verbundenen Verantwortung gerecht zu werden, hat es in der Vergangenheit schon gegeben. So zum Beispiel die Entscheidung der Deutschen Physikalischen Gesellschaft (1955) zur Gefahr von Nuklearwaffen und die Göttinger Erklärung von 18 deutschen Atomwissenschaftlern (1957) zu den Plänen der Bewaffnung der Bundeswehr mit Atomwaffen. Anknüpfend an die Göttinger Erklärung entwickelten sich in den Naturwissenschaften in letzter Zeit Aktivitäten. So hat der Vorstandsrat der Deutschen Physikalischen Gesellschaft am 15. März 1983 auf der Physikertagung in Regensburg eine Resolution beschlossen, mit der Bundestag und Bundesregierung aufgefordert werden, alle Bemühungen zu unterstützen, bald zu Vereinbarun-

gen der Kernwaffenstaaten über eine durchgreifende nukleare Abrüstung zu kommen. Unter der Überschrift „Verantwortung für den Frieden — Naturwissenschaftler warnen vor neuer Atomrüstung“ wird zur Zeit von Naturwissenschaftlern aller Disziplinen ein Kongreß vorbereitet. Im Aufruf zum Kongreß heißt es unter anderem:

„Für dieses Jahr ist die Stationierung neuer weitreichender, zielgenauer und dieses Ziel fast ohne Vorwarnzeit erreichender US-Mittelstreckenraketen vorgesehen. Sie würden die Kriegsgefahr, insbesondere die Gefahr eines ungewollten Krieges durch menschliches oder technisches Versagen, erhöhen. Nach Meinung vieler Kenner sind diese Waffen nicht zur Verteidigung, sondern zum Erstschlag geeignet.“

Millionen unserer Mitbürger haben gegen diese Entwicklung protestiert. Über drei Millionen unterzeichneten den Krefelder Appell an die Bundesregierung, die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen. Sie treten ein für Abrüstung in Ost und West. ... Wir meinen, daß auch die Wissenschaftler zu einer Stellungnahme herausgefordert sind und es unsere Aufgabe ist, mehr Menschen über die Gefahren eines Atomkrieges aufzuklären. Ein großer Kongreß und die damit verbundene Öffentlichkeitswirkung könnten unsere Meinung in die Diskussion einbringen. Wir rufen unsere Kolleginnen und Kollegen zur Teilnahme an einem solchen Kongreß auf.“

Dieser Aufruf wurde bisher von fast 1000 Wissenschaftlern unterzeichnet, in Frankfurt unter anderem von den Professoren R. Kaplan, H.-U. Deppe, W. Maier und Mansbach.

Auf dem Kongreß sind Referate zu folgenden Themen vorgesehen: „Atomkriegsfolgen und Wirkungen der A-, B- und C-Waffen“, „Gefahren eines Krieges aus Versehen und

Möglichkeiten des Erstschlages“, „Möglichkeiten alternativer Sicherheitspolitik und der Beitrag der Naturwissenschaftler“, „Rüstungskontrolle und Möglichkeiten der Überprüfung“, „Konversion von Massenvernichtungswaffen“, „Gibt es nennenswerte Rüstungsforschung in der Bundesrepublik?“, „Verantwortung der Naturwissenschaftler“, „Beiträge der Hochschule zur Friedenssicherung“, „Rüstung und Entwicklung“. Es sprechen Wissenschaftler aus den USA, Schweden, den Niederlanden, der Schweiz und der Bundesrepublik.

Der Kongreß findet am 2. und 3. Juli 1983 in Mainz statt. Die Eröffnungsveranstaltung ist am Samstagvormittag im Elzer Hof, Hintere Bleiche, 6500 Mainz, die weiteren Veranstaltungen des Kongresses sind in der Universität Mainz beziehungsweise in der Innenstadt. Kontaktadresse für weitere Informationen: Prof. Dr. Starlinger, Institut für Genetik, Weyertal 121, 5000 Köln 41.

Zur Vorbereitung des Kongresses hat sich an der Frankfurter Universität eine Gruppe von Studenten und wissenschaftlichen Mitarbeitern zusammengefunden. In einer Veranstaltung am 8. Juni 1983, um 19 Uhr im Lorentz-Hörsaal, Robert-Mayer-Straße 2-4, 2. OG, mit dem Titel „Naturwissenschaftler für den Frieden“ soll ein Einstieg in die Thematik des Kongresses ermöglicht werden. Dazu wurden eingeladen: Prof. Dr. Kaplan, Mikrobiologe, Frankfurt, Prof. Dr. Dösch, Geowissenschaftler, Mitinitiator des Kongresses, Mainz, und Prof. Dr. Mausbach, Arzt, Frankfurt. Weitere Informationen über den Kongreß in Mainz sowie über die Veranstaltung „Naturwissenschaftler für den Frieden“ am 8. Juni sind zu erhalten bei H. Bröhl, Institut für physikalische und theoretische Chemie, Tel. 7 98-24 55 und Alexander Gerhard, Institut für angewandte Physik, Tel. 7 98-28 01. Gerhard Vogt



Bei einer der üblichen Brandschauen wurde auch die „lange Leiter“ der Feuerwehr ausgefahren. Die Benutzer des Hauptgebäudes können — wie das Bild zeigt — im Notfall auch aus dem obersten Stock über die Leiter gerettet werden.

Personalien

Geschichtswissenschaften

Prof. Dr. Alexander Fischer, Historisches Seminar, Abteilung Osteuropäische Geschichte, wurde vom Bundesminister des Innern für weitere zwei Jahre zum Mitglied des Wissenschaftlichen Direktoriums des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln berufen.

Klassische Philologie und Kunstwissenschaften

Frau G. Fauerbach, Verwaltungsangestellte im Institut für Klassische Philologie, begeht am 31. 5. 1983 ihr 25jähriges Dienstjubiläum.

Neuere Philologien

Prof. Dr. Karsten Garscha (Institut für Romanische Sprachen und Literaturen) ist vom 24. Februar bis zum 22. März 1983 einer Einladung der Zentralverwaltung der Goethe-Institute zu einer Vortragsreise in Zentral- und Westafrika gefolgt. Er hat in Kinshasa (Zaire), Abidjan (Elfenbeinküste) und Dakar (Senegal) über afrikanische Literatur französischer Sprache und

Gruppentraining gegen Prüfungsangst

Ab Juni werden im Rahmen des Studentenwerks wieder Gruppenseminare zur Kontrolle von Prüfungsangst und zur Rationalisierung von Examensvorbereitung durchgeführt. Die Gruppensitzung findet einmal wöchentlich statt und dauert ca. 90 Minuten.

Interessenten melden sich bitte bei Dipl.-Psych. Michael Wirsing, Studentenwerk-Gesundheitsdienst, Zimmer 305, donnerstags zwischen 10 und 14 Uhr sowie Dienstag, den 31. 5., zwischen 10 und 14 Uhr.

über lateinamerikanische Literatur gesprochen.

Verwaltung

Karl-Heinz Grund, Liegenschafts- und Technische Abteilung, begeht am 2. Juni sein 25jähriges Dienstjubiläum.

Ehrungen im „Haus Bergkranz“

Während der Saison 1982/83 wurden diejenigen Hausgäste, die bereits 10- oder mehrmals das Kleinwalsertal besuchten, im Auftrag des Bürgermeisters mit der Ehrennadel und Urkunde des Tales ausgezeichnet. Die Übergabe wurde von dem Wirtschaftsleiter, Herrn Illenberger, vorgenommen, der zugleich im Namen der Universitätsverwaltung für die dem Haus erwiesene Treue dankte.

Bronzenadeln wurden verliehen:

Für den 10. Aufenthalt an Frau Inge und Herrn Alfons Roth.

Für den 11. Aufenthalt an Herrn Christian Zengerle.

Silberadeln wurden verliehen:

Für den 15. Aufenthalt an Frau Ruth und Herrn Heinrich Petri.

Für den 15. Aufenthalt an Frau Hildegard und Herrn Rigobert Beyer.

Für den 16. Aufenthalt an Frau Katharina und Herrn Alfred Baumann.

Goldene Nadeln wurden verliehen:

Für den 20. Aufenthalt an Frau Lotte und Herrn Werner, Badenhausen.

Für den 21. Aufenthalt an Frau Elisabeth Scheid.

Für den 26. Aufenthalt an Frau Magdalena und Herrn Dr. Theo Zengerle.

